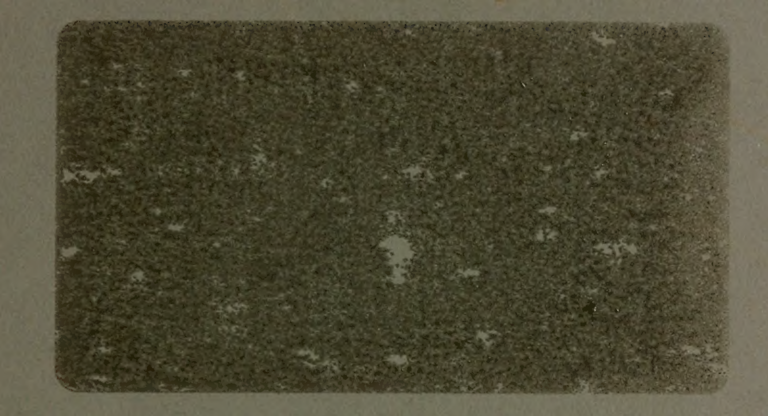

3 1761 07962023 3





Heller mp

[D]RÄNGENDE FRAGEN

DIE ORIENTKRISE

[UN]D IHRE FOLGEN FÜR ÖSTERREICH-
[UN]GARN UND DAS DEUTSCHE REICH

VON EINEM
ÖSTERREICHISCHEN
POLITIKER

1913.
VERLAG VON L. W. SEIDEL & SOHN
K. U. K. HOFBUCHHÄNDLER, WIEN

Staatsarchiv 2 — Kriegsarchiv

Wien VII, Stiftgasse 2

Bibliothek

Aufstellung ....

Katalog-Nummer ....

Exemplar ....

Seitenzahl ....

Karten und Pläne ....

Selbständige Bilder ....

Sonstige Beilagen ....

Besonderer Hinweis ....

Gewidmet von ....

Aus der Benützer-Ordnung:

1. Die Leihfrist beträgt 3 Wochen; nach deren Ablauf ist eine Verlängerung anzumelden. Wohnungsänderungen sind bekanntzugeben.
2. Bei Nichteinhalten des Rückstellungstermines erfolgen entgeltliche Mahnungen; bei deren Nichtbeachtung wird das entlehnte Werk behördlich eingebracht.
3. Das Weitergeben der entlehnten Werke an andere Personen ist untersagt.
4. Wer ein Werk in irgend einer Weise beschädigt, ist ersatzpflichtig und wird von der weiteren Benützung der Bibliothek ausgeschlossen.

Artur Schefczik & Sohn, Wien, VII.

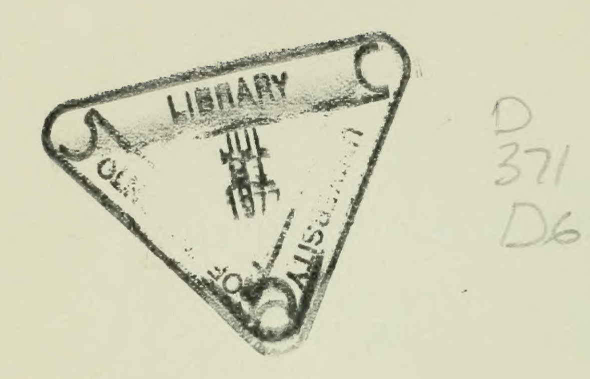
DRÄNGENDE FRAGEN

DIE ORIENTKRISE UND IHRE FOLGEN FÜR ÖSTERREICH-UNGARN UND DAS DEUTSCHE REICH

VON EINEM

ÖSTERREICHISCHEN POLITIKER

WIEN 1913
Verlag von L. W. Seidel & Sohn, k. u. k. Hofbuchhändler
I, Graben 13



Druck von Christoph Reisser's Söhne, Wien V.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vom Berliner Vertrag zum Zusammenbruch der Türkenherrschaft.

„Die Tore des Orients sind Eurer Majestät geöffnet." Mit diesen Worten unterbreitete Graf Andrassy dem Kaiser den Bericht über den Beschluß des Berliner Kongresses, der unserer Monarchie das Mandat zur Besetzung von Bosnien übertrug. Die Okkupation Bosniens hätte den Anfang einer großen Vorwärtsbewegung bilden sollen, die bunte Welt des Südostens tat sich vor uns auf und in der Ferne schimmerte der Hafen von Saloniki. Das Werk, das im Jahre 1683 begonnen wurde, das unter dem Prinzen Eugen glorreich fortgesetzt wurde, sollte in anderem Sinne zur Vollendung gebracht werden. Nicht die kaiserliche Standarte wollte man an das Ägäische Meer tragen, aber den Einfluß Österreichs dachte man bis an diese Küste auszudehnen. Man wollte die Völker durch ihren eigenen Vorteil in lockerer Verbindung oder in völlig freier Weise an uns schließen. Serbien, das von Rußland im Stich gelassen worden war, wollte man durch lebhafte Unterstützung seiner Ansprüche gewinnen. Die Vergrößerung des Fürstentums, die Graf Andrassy gegen den Willen Rußlands auf dem Berliner Kongreß durchsetzte, dann seine Erhebung zum Königreiche waren die ersten Schritte. Später hätte vielleicht die Bildung eines autonomen Mazedonien die geplante Entwicklung im Westen der Balkanhalbinsel gesichert. Bulgarien mußte zunächst als russischer Halbvasallenstaat betrachtet werden und man sah es als Gewinn an, daß es gelungen war, die Ausdehnung, die ihm im Vertrag von San Stefano gegeben war, einzuschränken.

Der Berliner Vertrag ist schon bei seinem Zustandekommen scharf kritisiert worden. Man warf ihm vor, daß er künstliche

Gebilde geschaffen habe, die bei dem ersten Ansturm zusammenfallen müßten. Diese Voraussagung hat sich als richtig erwiesen. Aber er hat die für den Augenblick dringendste Arbeit geleistet und ihm ist es zu danken, daß die Balkanvölker sich seither selbst befreien konnten und daß die Türkei nicht von russischen Händen zerstört, der Neubau nicht von russischen Händen aufgeführt worden ist. Das Bulgarien von San Stefano wäre eine große russische Satrapie geblieben; das kleine Bulgarien, das in Berlin ins Leben gerufen wurde, trug in sich die Sprungfeder zur Selbsterhebung. Wenige Jahre nach dem Berliner Vertrag errangen die Bulgaren durch den Philippopeler Aufstand mit eigener Kraft einen Teil des Entgangenen, die autonome Provinz Ostrumelien, und rissen sich von der russischen Bevormundung los. Als Kaiser Alexander III. sie mit Gewaltanwendung unter sein Protektorat zurückzwingen wollte, verteidigte sie Graf Kalnoky mit großer Entschlossenheit. Immer deutlicher zeichnete sich das Programm Österreich-Ungarns ab: „Der Balkan den Balkanvölkern." Aber den Bulgaren hatte sich bei ihrer Erhebung auch Serbien entgegengestellt, das sich durch das Aufsteigen des jüngeren Nachbarstaates beunruhigt fühlte, und es war im Kampfe unterlegen. Das Einschreiten Österreich-Ungarns bewahrte es vor den Folgen der Niederlage; trotzdem trat danach die Wendung ein, die den seit Jahren in den Hintergrund gedrängten Gegnern unserer Monarchie in Serbien verstärkte Geltung verschaffte und immer häufiger fiel in dem Wechsel der Ministerien die Regierungsgewalt ihnen zu. Mit dem Verschwinden Milans erhielten sie endgültig die Oberhand. Serbien, der einstige Schützling, wurde der Feind. Die Positionen waren vertauscht: Rußland verfolgte die Entwicklung des ehemaligen Vasallenlandes Bulgarien mit Mißtrauen, Österreich-Ungarn wehrte sich gegen den großserbischen Gedanken, der auf die Einigung aller Serbokroaten losging. Die Notwendigkeit des Schutzes gegen die großserbische Idee hatte unzweifelhaft schon bei dem Beschlusse, Bosnien und die Hercegovina zu besetzen, mitgewirkt. Denn man mußte mit der Möglichkeit rechnen, daß ein durch diese beiden Provinzen vergrößertes Serbien die Agitation in Südungarn wieder auf-

nehmen und, um den Zugang zum Meere zu gewinnen, auch nach dem Besitz von Dalmatien streben würde. In diesem Sinne war die Okkupation Bosniens eine Verteidigungsmaßregel und die Defensivpolitik wurde fortgesetzt, als in den Neunzigerjahren Österreich-Ungarn und Rußland dahin übereinkamen, daß das eine die weitere Vergrößerung Bulgariens nicht fördern, das andere die Entstehung eines Großserbien nicht begünstigen wolle. Es scheint, daß man damals für wünschenswert hielt, für den Fall, daß die Türkei sich in Mazedonien nicht mehr halten könnte, dort eine autonome Provinz zu bilden. Jedenfalls wurde beim Ausbruche der Unruhen in den mazedonischen Bergen gemeinsam dahin gewirkt, daß die Türkei unter der Aufsicht der beiden Mächte, denen dann die anderen Großmächte sich zugesellten, Reformen einführe.

Bis zum ostasiatischen Krieg dauerte das zum mindesten äußerlich gute Einvernehmen Österreich-Ungarns und Rußlands in den Balkanangelegenheiten fort. Kaum aber war der Krieg, wenn auch mit schweren Niederlagen für Rußland, vorüber, so fühlte es sich frei genug, sich von Österreich-Ungarn loszusagen. Von Reichstadt an — und Reichstadt war nur eine Wiederaufnahme der unter Kaiser Josef und Kaiserin Katharina begonnenen Politik — waren die beiden Reiche nebeneinander gegangen. Mißtrauisch, sich gegenseitig überwachend, miteinander feilschend, oft streitend, aber doch immer überzeugt, daß es am besten sei, irgendwie in Zusammenhang zu bleiben. Mit der russisch-englischen Verständigung in der Ära König Eduards begann der Bruch, mit der Annexion von Bosnien war er vollendet. Will man auf die letzten Ursachen dieser Wendung zurückgehen, so muß man sagen, der deutsch-englische Gegensatz hat der österreichisch-russischen Balkantradition ein Ende gemacht. Die Balkanstaaten und die durch die Revolution umgewandelte Türkei sahen sich vor einer neuen Situation. Rußland suchte beide Teile unter seine Vormundschaft zu nehmen und es erdachte den türkisch-christlichen Balkanbund, den Bund zwischen dem Besitzenden und denen, die ihn berauben wollten. Der Plan mißlang. Aber der christliche Balkanbund ist seither zur Tat geworden. Rußland war die erste Macht, die von seinem

Entstehen benachrichtigt wurde, und seine Hauptsorge war, beim Ausbruch des Krieges alle diplomatischen Vorkehrungen zu treffen, damit Serbien nicht zu Schaden käme. Gegen Serbien und Rußland mußte Österreich seine Parole: „Der Balkan den Balkanvölkern" verteidigen, um Albanien zu schützen und die adriatische Küste frei zu halten. Mit großem Kraftaufwand mußte unsere Monarchie erringen, was die Albanesen selbst nicht hätten erreichen können, da die türkische Regierung so unvernünftig gewesen war, sie zu entwaffnen.

Es war nötig, sich in Kürze den Gang der Ereignisse zurückzurufen. Österreich-Ungarn hat aus seiner vor bald vierzig Jahren begonnenen orientalischen Aktion den Besitz von Bosnien heimgebracht, den die Serben ihm neiden; wenn man es einst für möglich hielt, eine Präponderanz über den Westen des Balkans auszuüben, so hat sich diese Aussicht vollständig verflüchtigt. Freilich ist dafür auch Rußland vom Osten der Halbinsel, vielleicht mit Ausnahme der Marmaraküste, für immer ausgeschlossen. Sein Einfluß in Serbien ist jedoch gestiegen. Als selbstverständlich ist vorauszusetzen, daß in Saloniki keine andere Großmacht jemals größere Rechte oder Vorteile erwerben darf als wir. Andererseits ist es uns gelungen, ein unabhängiges Albanien zu schaffen und dadurch zu verhindern, daß südlich von unserer adriatischen Küste eine feindselige Macht sich festsetze. Der Balkan, bisher halb Kolonialland, ist in jeder Beziehung selbständig geworden. Er ist es vor allem auch wirtschaftlich und der einzige Vorrang, den wir dort haben, ist der der Nähe. Ihn auszunützen haben uns bisher unsere Agrarier verhindert und es bleibt uns die Aufgabe, durch eine Änderung unserer Handelspolitik kommerzielle Vorteile dort zu erlangen, wo wir auf territoriale Ausdehnung längst verzichtet haben. Der Siegesritt, der nach Zenta und Belgrad führte, wird in Handelsverträgen und Eisenbahnkonzessionen enden.

Dies ist das Ergebnis des Jahres 1912. Für uns wird es sich als günstig erweisen, daß sich Bulgarien und Griechenland selbst erhoben haben und nicht von Rußland und England geführt

worden sind und an einem für uns wichtigen Punkte konnten wir die Neubildung entscheidend beeinflussen. Der Krieg hat jedoch nicht nur große Fragen gelöst, sondern auch *neue und vielleicht größere aufgeworfen und in unseren nächsten Gesichtskreis gerückt*. Entscheidende Stunden haben wir durchlebt, wichtigere werden wir vielleicht noch zu durchleben haben.

Die künftigen Orientfragen.

Es erscheint wie eine nachträglich konstruierte Weisheit, wenn man jetzt, nach dem Zusammenbruch der Türkei, sagt, daß eine Krise unvermeidlich, eine Katastrophe unausbleiblich war. Es ist jedoch Tatsache, daß hervorragende Staatsmänner und nicht nur sie, die Umwälzung von 1908 als Vorboten eines nahen Sturzes der türkischen Herrschaft in Europa betrachteten. Graf Ährenthal gehörte zu ihnen, und seine pessimistische Ansicht über die Zukunft war einer der Gründe, die ihn veranlaßten, die Umwandlung der Okkupation Bosniens in eine Annexion zu befürworten. Daß die Einführung der Verfassung ein sehr gewagtes Spiel sei, war vielen von uns klar. Aber trotzdem war es richtig, sie mit Sympathie zu begrüßen. Abdul Hamid, dessen berühmte diplomatische Kunst im Dienste seiner persönlichen Furcht stand, neben der ihn nur ein einziger politischer Gedanke, die Förderung des Panislamismus, beherrschte, Abdul Hamid hat die Türkei im Innern und nach außen hin, militärisch und politisch zur Widerstandsunfähigkeit herunterregiert. In Reval konnten die Monarchen und Minister von England und Rußland über die hamidische Türkei schon sprechen, als wäre sie in voller Auflösung. Die Jungtürken gaben ihrem Volke den Lebensmut wieder, der auch nach dem Unglück dieses Jahres wenigstens in den Provinzen, die der Türkei noch erhalten bleiben, nachwirken wird. Diesen Wiederbelebungsversuch mußte man unterstützen; und eben darum durften auch starke Zweifel an seinem Gelingen nur angedeutet werden. Daß er, als ein radikales Mittel, die Krise beschleunigt hat, ist richtig. Aber unter Abdul Hamid wäre sie nicht ausgeblieben, sondern nur schleppend verlaufen. Der Unterschied für Europa wäre darin gelegen, *daß die absolutistische Türkei langsam und unter Aufsicht der Mächte und wahr-*

scheinlich vor allem unter Aufsicht der Tripelentente geteilt worden wäre, während die neue Türkei den Balkanländern zum Opfer gefallen ist.

Das Verschwinden der Türkenherrschaft aus Europa war nur eine Frage der Zeit. Vom kulturhistorischen, wenn man will vom ästhetischen Standpunkt betrachtet, ist es vielleicht ein Verlust, dem jedoch die Revolution vorgearbeitet hat, die den alten türkischen Biedermeierstil zu zerstören begann. Der Türke mit seiner behaglichen Rückständigkeit, seinem Gleichmut und seiner Langsamkeit, repräsentierte in der erregbaren Balkanwelt die philosophische Ruhe des Orients. Er war als Regent mißtrauisch gegen jede geistige Regung, beschränkt und willkürlich, aber im ganzen ließ er gemächlich gewähren, so lange er nicht fürchtete, daß es ihm ans Leben gehe. Dann freilich konnte er in wilde Wut geraten und beinahe so grausam werden, wie es die christlichen Banden waren, die in den letzten Jahren auftauchten und die jetzt im Kriege Tausende von wehrlosen Mohammedanern unter Martern niedermetzelten. Der Türke des XIX. Jahrhunderts, der unschuldig daran war, daß seine Vorfahren das Land erobert hatten, fühlte sich in der Defensive gegen seine Untertanen und gegen ganz Europa, das ihn bewucherte, quälte und ihm das Brot wegnahm. Wie viel Mühe kostete es, die Zustimmung der Mächte zu einer bescheidenen Erhöhung der türkischen Zölle zu erhalten, während es an Geld fehlte, um die Soldaten zu bekleiden und zu ernähren, die beständig zur Verhütung von Aufständen und Angriffen bereit gehalten werden mußten! Die Unerschwinglichkeit der Kosten dafür war eine der Hauptursachen der letzten Niederlagen. Europa hat die Türkei, die schon geopfert war, noch ausgenützt. Die Türkei war wie ein Mann, der in der Fremde im Sterben liegt.

Nun haben die christlichen Balkanstaaten ihre Stammesgenossen befreit und ihre Grenzen erweitert. Und gegen ihren Willen wird auch das gemischtgläubige Albanien selbständig. Nur Konstantinopel und die Küste des Marmarameeres bleiben den Türken, die mit Griechen zusammen diesen schmalen Landstreifen bewohnen. Wie lange noch werden sie ihnen bleiben?

Das Tempo der geschichtlichen Entwicklung ist immer unberechenbar. Aber sicher ist, daß, so lange es ihnen bleibt, die Dardanellenfrage ihre ganze Wichtigkeit beibehalten wird. Ohne Kampf wird die Türkei ihre Hauptstadt nicht aufgeben, und da Bulgarien keine Hoffnung hat, dort ihr Nachfolger zu werden, wird es sie von dort auch nicht zu vertreiben suchen. Nur Rußland könnte also dieses Werk vollenden, entweder um Konstantinopel selbst in Besitz zu nehmen oder um zum mindesten durch seine Neutralisierung ein Haupthindernis für die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe zu beseitigen. Niemand aber hätte Grund, ihm dabei zu helfen oder es ihm ohne Gegenleistung zu gestatten. Konstantinopel wird gewiß nicht immer türkisch bleiben, aber bis sein Schicksal endgültig entschieden ist, wird es der Welt noch viel zu schaffen machen.

Von den Balkanstaaten interessieren Österreich-Ungarn die westlichen am meisten. Noch auf lange hinaus wird Albanien, das uns sein staatliches Dasein zu verdanken hat, eine Sonderstellung einnehmen. Seine Nachbarn feinden es an und es gibt ihnen dieses Gefühl reichlich zurück. Im Innern ist es unfertig und es fehlen ihm bisher wichtige Vorbedingungen zu einer staatlichen Existenz. Die religiösen Verschiedenheiten sind vielleicht noch die geringste Schwierigkeit, da die Albanesen sehr realistisch denken und sich um Religion nie viel gekümmert haben, was sich freilich, wenn die Politik in das Land einzieht und die Geistlichkeit in ihr eine Rolle spielt, vielleicht ändern wird. Die Hauptsache ist, daß Albanien jetzt zum erstenmal seit Menschengedenken ein wirklicher Staat wird, daß aus argwöhnischen, allezeit bewaffneten Bergbewohnern, die gewöhnt sind, ihre Streitigkeiten durch Blutrache selbst abzumachen und die die Außenwelt nur vom Hörensagen kennen, Staatsbürger werden sollen, daß aus einem kleinen Kreis von Grundbesitzern, armen Schriftstellern oder im Ausland lebenden Kaufleuten Staatsmänner und Regeneratoren erstehen sollen. Niemand im Lande hat Ordnung und Gehorsam kennen gelernt. Jeder hat, was Behörde ist, als Räuber oder als Feind fürchten gelernt. Geld ist nicht vorhanden. Eine Autorität muß erst geschaffen werden. Dazu kommt, daß auswärtige Einflüsse, die durch die

Finanzkanäle eindringen werden, miteinander in Konflikt geraten und um die Stimmen der Männer, die sich ans Regieren machen, streiten werden. Alles kommt darauf an, ob die Albanesen in der Wahl des Fürsten glücklich sein werden, ob sie einen mutigen, tätigen Mann finden, der sich volkstümlich zu machen weiß, ohne sich an das Volk zu verlieren, und der Altes zu schonen, dabei aber das unerläßliche Neue einzuführen versteht. Nur keine Schablone und keine Majoritätsherrschaft! Der Fürst muß Rat einholen, aber das entscheidende Wort selbst sprechen. Er muß sich vor Augen halten, daß unter so vielen sich kreuzenden persönlichen Interessen, unter so vielen zumeist unreifen Ansichten ein fester Mittelpunkt unbedingt nötig ist und daß e r dieser Mittelpunkt zu sein hat. Er darf nie vergessen, daß die Albanesen erst zur Nation heranwachsen müssen, daß er ihr Führer und in gewissem Sinn ihr Erzieher sein muß. Er muß Eigenschaften besitzen, die sein Volk genügend begreift, um sie achten zu können, muß einen Namen mitbringen, der von vornherein auf eine künftige Dynastie hinweist und muß auch reich genug sein, um aus Eigenem spenden zu können. Wenn ein solcher Mann gefunden wird, und vielleicht findet man ihn unter den deutschen Fürstensöhnen, so wird Albanien, da die Masse des Volkes zwar eine sehr rohe Kultur hat, aber intelligent und empfänglich ist, zu selbständigem Leben gedeihen können. Vergreifen sich die Wählenden, ist unter den führenden Männern auch sonst kein staatsmännisches Talent, kommt es dann zu Gewalttaten und Aufständen, so kann Albanien die Ursache neuer internationaler Reibungen werden. Die geplante Neutralisierung des Landes wird größere Gefahren voraussichtlich verhindern. Aber wenn die inneren Kämpfe sich verschärfen, werden die Parteien, die sich bilden, vermutlich Österreich-Ungarn und Italien gegeneinander auszuspielen suchen. Da in Italien die öffentliche Meinung noch immer jeden Augenblick bereit ist, in Österreich den Feind zu entdecken und die Regierung sich ihrer Einwirkung nicht zu entziehen vermag, könnten solche Rivalitäten sehr unangenehm werden. Österreich-Ungarn hat darauf verzichtet, den Sandschak Novibazar wieder zu besetzen, der uns mit Albanien in direkte territoriale Verbindung

gebracht hätte. Trotzdem wird das Mißtrauen gegen uns so leicht nicht aufhören und man wird in beiden Kabinetten viel guten Willen brauchen. Je besser Albanien sich entwickelt, desto weniger werden sich Störungen von dort aus in das Verhältnis zwischen den Verbündeten einschleichen.

Montenegro und Serbien waren die Ersten, die sich der türkischen Gewalt entwunden haben. Montenegro hat sie immer nur zeitweilig zu spüren bekommen, Serbien hat sie vor hundert Jahren in der Zeit der tiefsten Zerrüttung der Türkei abgeschüttelt. Die österreichische Hilfe ist ihm damals nicht zu teil geworden, weil die Wiener Regierung sich gegen Napoleon zu wehren hatte und weil sie Abneigung gegen revolutionäre Bewegungen empfand. Trotz der Unterstützung, die Serbien in der Ära Milans von hier aus gewährt wurde, hat Rußland uns den Wind abgefangen und ist seither als Beschützer verehrt worden, von dem man sich auch die gröbsten Enttäuschungen ruhig gefallen ließ. Der nationale Ehrgeiz, den die leidenschaftliche südslawische Phantasie aufs äußerste entzündete, und das Gefühl der Unfreiheit gegenüber der mächtigen, in wirtschaftlichen Dingen engherzigen Nachbarmonarchie erwies sich als zu stark; die Serben sind unsere Feinde geworden. Sie betrachteten es als einen an ihnen begangenen Raub, daß wir das auf Grund europäischen Mandates besetzte Bosnien in aller Form annektierten und noch drei Jahre nach der Annexion durfte es König Peter nicht wagen, einen Besuch in Wien abzustatten, weil er fürchten mußte, bei der Rückkehr gesteinigt zu werden. Hätte Österreich den Serben in der jetzigen Krise erlaubt, die Nordhälfte von Albanien zu nehmen, so wären sie überzeugt gewesen, daß wir vor ihnen zittern, hätten sich als Großmacht gefühlt, hätten ihre künftigen Häfen jedem unserer Feinde geöffnet und würden bei der ersten Gelegenheit über uns herfallen. Ihr Haß gegen uns wäre nicht geringer geworden, als er ist, wohl aber wäre ihre Fähigkeit und darum auch ihre Bereitwilligkeit uns zu schaden gewachsen. Auch die Vergrößerung, die sie tatsächlich erhalten werden, macht aus dem Königreich Serbien einen Staat von etwa vier Millionen Einwohner, dessen Kraft nicht gering zu schätzen ist und mit dessen Expansionslust wir zu rechnen haben.

In dem Kapitel über das südslawische Problem soll unser künftiges Verhältnis zu Serbien besprochen werden. Hier mag über sein Verhältnis zu den anderen Balkanstaaten vor allem gesagt sein, daß das Auftauchen einer serbisch-montenegrinischen Frage nicht ausbleiben kann. Die beiden Dynastien werden auch weiter miteinander rivalisieren und da die montenegrinische durch den für sie unglücklichen Verlauf des Kampfes um Skutari ihren alten Schimmer verloren hat, wird sie sich vermutlich als die schwächere erweisen und sich den Belgrader Diktaten unterwerfen müssen. Trotz der Gegensätze zwischen dem armen montenegrinischen Gebirgsbauern und dem wohlhabenden Serben ist eine Einigung in irgend einer Form, bei der das Haus Njegus seinen kleinen Thron wird behalten können, höchst wahrscheinlich und Serbien wird auf diese Weise auch den politisch-militärischen Zugang zum Meere gewinnen, der ihm vorläufig versagt bleibt. Vielleicht wird dies die einzige engere Annäherung sein, die sich zwischen den jetzt verbündeten Balkanstaaten in der Zukunft ergeben wird.

Der Glaube an die Interessengemeinsamkeit der vier Balkanstaaten ist eine durch die Landkarte hervorgerufene optische Täuschung. Was sie zusammenhielt, war der gemeinsame Feind, und einen solchen gibt es nicht mehr. Vom bulgarischen Standpunkte aus wäre es unsinnig, die Feindschaft Serbiens gegen Österreich-Ungarn mitzumachen und sich an Kriegsplänen zur Eroberung von Bosnien zu beteiligen. Und höchst überflüssig wäre es anderseits, wenn sich die Serben in Streitigkeiten Bulgariens mit Rumänien, Griechenland, der Türkei oder gar Rußland verwickeln ließen. Es ist schwer vorauszusagen, ob Bulgarien und Serbien es vorteilhaft finden werden, ein Zollbündnis miteinander abzuschließen, aber auch Zollbündnisse sind Vorläufer politischer Verschmelzungen nur gewesen, wenn dieser Gedanke schon bei ihrem Werden den Hintergrund bildete. Das ist hier nicht der Fall. Serbien wird sich voraussichtlich noch für längere Zeit Rußland zur Verfügung stellen, in der Hoffnung, Dank dieser mächtigen Freundschaft in der großen Politik eine Rolle spielen zu können, und Bulgarien wird Grund

haben, andere Orientierungen zu suchen. Vielleicht wird es sich, wenn die Erinnerung an die heutigen Grenzberichtigungsschmerzen verwunden ist, an Rumänien und den Dreibund anschließen; die Neigung dazu würde sich verstärken, wenn Konstantinopel an Rußland fiele.

Es ist möglich, daß Griechenland, um den Schutz seiner Konnationalen im neuen bulgarischen Küstenlande zu erkaufen, trotz des Entganges von Saloniki sich mit der Zeit zu einem Bündnis mit Bulgarien, das künftig für eine Flotte wird sorgen müssen, herbeilassen wird. Im Interesse Griechenlands wird es liegen, daß Konstantinopel und die ganze Küste des Marmarameeres, wenn einmal die Türken auch dieses Stück nicht mehr behaupten können, ein selbständiges Staatswesen wird. In diesem kleinen Staate würde das griechische Element entweder vollständig dominieren oder doch eine so wichtige Stellung einnehmen, daß es sicher wäre, sich in Freiheit entfalten zu können. Damit würde auch die Meerengenfrage zur Hälfte gegenstandslos werden. Denn der Hauptgrund, der gegen die Fahrt von Kriegsschiffen aus dem Schwarzen Meer in das Mittelländische Meer spricht, ist die Rücksicht auf die Unabhängigkeit des in Konstantinopel residierenden türkischen Herrschers. Solange der Mittelpunkt des türkischen Reiches am Bosporus liegt, hat die Großmacht, die dort mit ihrer Flotte erscheinen darf, die Möglichkeit, auf das ganze Reich zu drücken und es ihrem Willen gehorsam zu machen. Für die Türkei wird es in gewissem Sinne eine Erlösung sein, wenn sie Konstantinopel verliert. Nur wer sehr stark oder wer sehr schwach ist, darf Konstantinopel als Hauptstadt besitzen. Aber diese Erlösung könnte auch zu früh kommen und dann wäre sie ein Verhängnis, denn die Türkei braucht vorläufig noch die Verbindung mit Europa.

Es war ein furchtbarer Schlag für das Selbstgefühl der Türkei, daß ihre Heere von den geringgeschätzten Griechen, Serben und Bulgaren so leicht aus den europäischen Provinzen verjagt wurden. Aber nur Provinzen, mit denen kein innerer Zusammenhang mehr besteht, können durch einen einzigen Feldzug

endgültig verloren gehen. In einer Zeit, in der auf der ganzen Erde der Abendländer über den Orientalen herrscht, konnte nicht gerade hier das Umgekehrte fortdauern, auch dann nicht, wenn das Morgenland den Versuch machte, sich zu reformieren. Die Türkei hat Jahrhunderte lang hauptsächlich mit den Kräften gearbeitet, die Albanesen, Griechen, Serben, Bulgaren und Armeniern entlehnt waren; viele Großveziere und Feldherren, hohe Verwaltungsbeamte und Soldaten gehörten den christlichen Stämmen an. Das Einschrumpfen des Reiches auf den türkischen Kern und seinen arabischen Ansatz ist daher eine lebensgefährliche Probe auch für diesen Rest. Vor allem aber wäre es gefährlich für ihn, wenn in der nächsten Generation Konstantinopel verloren ginge, denn trotz aller seiner überkommenen Schwächen, Fehler und Laster ist es der Platz, durch den europäischer Geist nach Kleinasien strömt. Es ist noch mehr als dies. Das ganze Kleinasien, das echte Türkenland, hat keine Stadt von überragender Bedeutung. Fällt Konstantinopel weg, so treten Damaskus und Bagdad in den Vordergrund und wenn eine dritte Stadt eine Anziehungskraft ausübt, die stärker ist als die ihrige, so ist es Kairo, das außerhalb des Reiches gelegen ist. Eine noch nicht neu organisierte Türkei, der Konstantinopel fehlt, wird sehr bald eine Türkei ohne Syrien und Mesopotamien sein. Wer die asiatische Türkei möglichst ungeschmälert in ihrem Bestande erhalten will, muß auch dafür sorgen, daß fürs Nächste Konstantinopel ihr bleibe.

Ohnedies muß man sich auf die Möglichkeit neuer Krisen, asiatischer Krisen, gefaßt machen, und es wird sich erst zeigen müssen, ob die asiatische Türkei selbständig existieren kann. Allerdings sind die Aussichten für ihre Erhaltung viel besser, als es die Aussichten für die Erhaltung ihres europäischen Besitzes in den letzten Jahrzehnten gewesen sind. Bisher hatte die Türkei eine unlösbare Aufgabe zu erfüllen. Ihre Herrschaft in Europa beruhte ausschließlich auf den Waffen, in allen Leistungen, die nicht dem Soldaten und dem Gendarmen zufallen, waren die Christen die überlegenen und instinktiv hielt daher der Türke das Land auf niedrigem Niveau, auf dem geistige Leistung sich nicht geltend machen konnte. Wirkliche Gleich-

berechtigung hätte er nicht erteilen können, auch wenn der mohammedanische Klerikalismus es gestattet hätte. In dem Augenblick, in dem die militärische Übermacht versagte, und auch dies mußte einmal geschehen, weil sich nicht die Armee allein kraftvoll erhalten kann, wenn ringsumher alles abstirbt, war es mit der Türkenherrschaft notwendig zu Ende. Der Sieg der christlichen Spanier über die Mauren war ein Sieg des abgehärteten Nordens über den weicheren Süden, der zweihundertdreißigjährige siegreiche Kampf Europas gegen die Türken ist ein Erfolg überlegener Intelligenz, Technik und Arbeitskraft. Es ist überhaupt ein Problem, ob sich orientalische Völker künftig in Selbständigkeit werden erhalten können und ob die Hilfe, die sie vom Abendland brauchen, sie nicht unausbleiblich in Dienstbarkeit bringt. Die Japaner haben sich schnell emanzipiert, aber sie sind ein Volk von ungewöhnlicher praktischer Begabung, ein Volk des Nordens und durch keine religiöse Mauer von Europa abgesperrt. Der Islam mit seinem mächtigen, gegen alles Denken und Wissen, das aus den christlichen Ländern kommt, leidenschaftlich mißtrauischen Klerikalismus, der die wenigen, die sich befreien wollen, ins Lager der Mystik oder des oberflächlichsten Pariser Freidenkertums jagt, ist an sich schon ein Unglück. Daß der Islam im Mittelalter kein Kulturhindernis war und sogar einen Spätsommer orientalischer Kultur hervorrufen konnte, beweist natürlich gar nichts; nachdem der Klerikalismus in ihm unter der Herrschaft der trägen Türken gesiegt hatte, war das Schicksal seiner Anhänger für Jahrhunderte hinaus entschieden und wird es für immer sein, wenn nicht eine tiefgehende Reformbewegung in ihm selbst entsteht, wofür es allerdings an Anzeichen nicht fehlt. Wie soll aber eine so gewaltige Veränderung unter dem Kreuzfeuer von Nachbarn vor sich gehen, die, auch wenn sie nicht nach Land verlangen, doch fortwährend um Einfluß streiten werden. Werden die Kräfte dafür ausreichen? Es ist auch eine Frage, ob sie ausreichen werden, um ein neues Geschlecht entstehen zu lassen, das sich in den modernen Formen von Handel und Gewerbe, in denen es mit der europäischen Konkurrenz zu tun bekommt, behaupten kann. Hoffnungen gestattet hauptsächlich die Natur des Landes,

die dem Landwirt, dessen Produktionsweise sich noch am leichtesten verbessern läßt, große Aussichten eröffnet. Die Fruchtbarkeit des Bodens kann die asiatische Türkei retten, und hier können die Arbeiten der Deutschen in Kleinasien und der Engländer in Mesopotamien entscheidend nützlich werden. Ein wahres Verhängnis ist jedoch der Mangel an regierungsfähigen Männern, besonders im Herrscherhause selbst, und eine Geißel ist die Parteiwut, die durch den Parlamentarismus eingeführt worden ist, der doch nicht mehr vollständig verschwinden kann. Es ist eben der Fluch zurückgebliebener Länder, daß selbst Verbesserungen für sie zur Gefahr werden. Und diese Parteiwut wird durch den Nationalitätenkampf, der sich in Asien vorbereitet, gesteigert werden. Armenien, das neben anderthalb Millionen Kurden nur eine Million christlicher Armenier zählt, wird von Rußland schon als ein Befreiungsobjekt behandelt, und die scheußliche Mißwirtschaft, die dort seit Abdul Hamid geherrscht hat, gibt ihm einen Schein von Recht. Aber auch die mohammedanischen Stämme sind, wie man weiß, durchaus nicht einig. Der türkische Bauer ist ein geduldiger Untertan; in den Gebieten arabischer Sprache ist jedoch die Bevölkerung individualistischer angelegt und dort wird ausgiebige Selbstverwaltung eingeführt werden müssen, um den heimischen Bedürfnissen und den starken nationalen Wünschen entgegenzukommen. Nicht nur in Arabien selbst, auch in Syrien wird die Türkenherrschaft seit Jahren als Fremdherrschaft betrachtet und die türkischen Niederlagen haben das Ansehen der herrschenden Rasse gefährlich erschüttert. Die Zukunft der asiatischen Türkei ist daher noch in undurchdringlichen Nebel getaucht und für Europa liegt darin eine schwere Bedrohung. Denn Deutschland und seine Verbündeten können absolut nicht dulden, daß sich die Ententemächte in die Länder teilen, die vom Mittelländischen Meer an das Schwarze Meer und an den Persischen Meerbusen reichen und daß damit der Kreis geschlossen wird, der sie umgibt. Ein Kapitel der orientalischen Frage ist beendet, ein neues Kapitel beginnt.

Die russische Politik wird eifrig an ihm mitarbeiten.

Die russische Politik.

Rußland hat seit Peter dem Großen seine alte Eroberungspolitik mit verstärkter Kraft nach allen Seiten fortgesetzt. Im Norden hat es die baltischen Provinzen und Finnland gewonnen, im Westen den weitaus größten Teil von Polen an sich gerissen, im Süden den Türken kaukasisches, tatarisches und rumänisches Land abgenommen. Stoßweise drang es in Mittelasien vor und die Herrschaft in Nordasien wurde bis an den Ozean ausgedehnt. Aus dem russischen Binnenstaat, der nur Zugang zum frostigen Weißen Meere hatte, wurde ein Weltreich, das sich von den Grenzen Chinas bis an die Ostsee und an das Schwarze Meer erstreckt und dessen festen Kern das jetzt 80 Millionen umfassende Großrußland bildet, einheitlich in Sprache und Glauben und bis vor nicht langer Zeit fast einheitlich in der Lebensanschauung, eine Welt für sich. Der rechtgläubige Alleinherrscher, der im Innern unumschränkt nach seinem persönlichen Willen regierte, gewöhnte sich daran, auch vom Auslande unbedingten Respekt zu verlangen. Nachdem mit seiner Hilfe die napoleonische Invasion zurückgeschlagen war, fühlte er sich als Schiedsrichter, beinahe als Herr von Europa, und die Lust am Befehlen wurde immer mehr eine Triebfeder der russischen Politik. Der allgemeine Widerwille gegen alles Revolutionäre trat zurück, wenn es sich um Machtbetätigung handelte; die Revolution ist geheiligt, wenn der Zar sie anordnet, denn heilig ist Rußland selbst. Die Russen sind das auserwählte Volk, das sich in den Dienst des Zaren zu stellen hat, um nach dessen Befehl die direkte und indirekte Herrschaft Rußlands immer mehr zu erweitern. Wenn die russischen Heere geschlagen werden, so spricht dies ebensowenig gegen die Überlegenheit Rußlands, wie Sünde und Unglück auf Erden gegen die Weisheit Gottes

sprechen, denn es ist nun einmal so, daß die Kraft des russischen Volkes zeitweise durch Fehler oder Schlechtigkeit einzelner in ihrer Wirkung gehemmt wird. Rußland Widerstand leisten, ist beinahe frevelhaft: genau genommen lebt alles, was an Rußland grenzt, leben Deutschland, Österreich, leben die Völker des Balkans von der Gnade Rußlands. — Das ist der Geist der Pharaonen und der persischen Großkönige.

Von diesem Geiste haben sich die ehrgeizigeren, eitleren, auch die naiveren unter den russischen Diplomaten leiten lassen bis auf den heutigen Tag. Es ist für die Karrière vorteilhaft, ihm zu huldigen und die Vergehen, die dabei gegen den gesunden Menschenverstand oder gegen die Forderungen der Wirklichkeit begangen werden, sind an höchster Stelle bald verziehen. Für einen russischen Minister des Äußern, der Einsicht genug besitzt, um zu wissen, wie es in der Welt tatsächlich beschaffen ist, gehört oft eine nicht geringe Kraft dazu, seine vernünftige Auffassung gegen diesen Genius loci, insbesondere auch ruhmbegierigen Untergebenen gegenüber, durchzusetzen, ebenso wie es solchen Botschaftern und Gesandten, die die wirklichen Machtverhältnisse besser kennen gelernt haben, schwer wird, sich zur Geltung zu bringen, während Berichte, die Rußlands Gewalt übertreibend darstellen, bevorzugt werden. Die Nachwirkungen der Vergangenheit fließen mit der Vorausnahme der Zukunft zusammen. Rußland ist so riesengroß und hat Platz für so ungeheuer viel Menschen, daß ein Blick auf die Landkarte den russischen Machtpolitiker berauschen muß.

Dieses außerordentliche, weit über das Maß des Berechtigten hinausgehende Herrengefühl ist sogar von Bismarck, an den man sich doch sonst nicht ohneweiters heranwagte, als lästig empfunden worden. Noch lästiger aber ist es für Österreich-Ungarn, da es von unseren slawischen Mitbürgern und von unseren südslawischen Nachbarn als berechtigt hingenommen wird und sie zur Geringschätzung der Widerstandskraft der Monarchie gegenüber Rußland und daher zu noch anspruchsvollerem Auftreten herausfordert. Dies umsomehr, als sie den bestimmten Eindruck haben, daß die angeblich ungeheure Kraft Rußlands nicht nur im Dienste russischer, sondern auch all-

slawischer Interessen steht. Tatsächlich wird der Panslawismus von der russischen Regierung begünstigt, weil er ihr Herrscherbewußtsein noch steigert und ihre Position verstärkt. Der Panslawismus verspricht der gesamten slawischen Welt den Schutz Rußlands, und bulgarische, serbische und tschechische Politiker wissen ihn auszubeuten. Man betrügt sich beiderseits, aber etwas Gewinn bleibt doch für beide Teile übrig. Die russische Gesellschaft, die mit falschen Berichten über österreichische Grausamkeiten gegen die Slawen und über deutsche Weltherrschaftspläne gefüttert wird, findet im Panslawismus ein politisches Ideal, für das sich gefahrlos schwärmen und über das sich gefahrlos reden und schreiben läßt; und die orthodoxe Geistlichkeit mit ihrem großen Einfluß auf die Bauernschaft ist für ihn empfänglich, wie einst die katholische Westeuropas empfänglich für den Kreuzzugsgedanken war. Aber vor allem ist der Panslawismus ein Machtmittel für jede russische Regierung, die sich seiner bedienen will, denn er steht ihr immer zur Verfügung, wenn sie ihn ihrem Wagen vorspannen will. Der Panslawismus steigert ihr Machtgefühl, verlockt sie freilich auch auf Irrwege. Den Slawen außerhalb Rußlands hat er erhöhte Zuversicht gegeben und es läßt sich nicht leugnen, daß er eine historische Bedeutung gewonnen hat. Er hat Bulgarien schaffen und die Türkei zerstören geholfen. Dem russischen Volk selbst aber hat er noch keine positiven Vorteile gebracht. Der gesunde Menschenverstand des noch nicht durch falsche Lehren verbildeten einfachen Russen erkennt dies sehr genau und auf ihn kann sich die Regierung stützen, wenn sie dem Panslawismus Widerstand leisten will. Aber die Angst, ihre slawische Klientel zu verlieren und das Bedürfnis, ein starkes Mittel gegen Österreich in der Hand zu haben, hindert sie, ihm abzusagen. Überschwengliche russische Machtgier hofft, daß sich das Spiel, das nacheinander gegen Schweden, Polen und die Türkei getrieben wurde und das darin bestand, sich mit Hilfe unzufriedener Parteien in das Nachbarland einzubohren und es zu sprengen, auch gegen Österreich werde erneuern lassen. Gegen solche Hoffnungen, die sich mit der Zeit zu bestimmten Plänen verdichten könnten, und gegen den gefährlichen Hochmut des slawischen Imperialismus gibt es

glücklicherweise Mittel. Sowohl Rußland, wie die Staaten und Parteien, die auf Rußland zählen, müssen sehen, daß das Slawentum in der Osthälfte der Monarchie ebenso wie in der Westhälfte als gleichberechtigt betrachtet wird. Sie müssen aber auch sehen, daß wir uns vor Rußland nicht fürchten und daß wir, wenn es sein muß, auch vor einem Krieg nicht zurückschrecken. Ihn zu scheuen, haben wir auch tatsächlich keinen Grund, denn die österreichisch-ungarische Armee hat vor der russischen zumindest das eine voraus, daß sie rastlos an ihrer Ausbildung arbeitet. Wenn sich übrigens Rußlands Kriegstechnik im Vergleich mit der Vergangenheit immerhin verbessert hat, so ist es dafür von revolutionären Minengängen durchzogen und seine politisch ideale Stellung von ehedem, die vollständige Sicherheit gegen Osten, hat aufgehört. Es hat an Japan einen Rivalen und an China einen glühend hassenden Feind erhalten, die ihm nicht mehr gestatten, alle seine Kräfte im Westen zu vereinigen. Die außerordentliche quantitative Überlegenheit kann daher nicht mehr ganz zur Geltung kommen. Mitteleuropa gewinnt an China einen natürlichen Verbündeten.

Rußland hatte ehedem im Osten einen grenzenlosen Horizont vor sich. Seit Ivan dem Schrecklichen sind Kaufleute, Ansiedler und Kosaken über die Heimat hinaus, der aufgehenden Sonne entgegengezogen, aber immer hatte es sich dabei nur um Expeditionen, nie um ernsthafte, große Kämpfe gehandelt. Jetzt hat sich das geändert, und es wird sich umsomehr ändern, je hochmütiger und eigenwilliger Rußland auftritt. China wird mit der Zeit vermutlich ein ebenso furchtbarer Nachbar werden, wie es jetzt Japan ist, das sich in den letzten Jahren als Mitschuldiger am Mandschurischen Beutezug an Rußland gefesselt fühlt, was gewiß auch nicht ewig dauern wird. Rußland hat sich durch geschickte Verträge mit den kleinen mongolischen Fürsten in der Mongolei festgesetzt, die jetzt leicht zu fassen ist; aber sie wird in Zukunft nur mit großen Kosten zu verteidigen sein. Die Schwäche Chinas war verlockend; aber die russische Regierung hat dabei eine sehr einfache und sehr banal klingende, aber fürs praktische Leben wichtige Regel übersehen: Daß man keinem, der jetzt oder künftig wehrfähig ist, wegnehmen soll, was er

dringend braucht. China ist so stark übervölkert, daß es auf die Mongolei als Auswanderungsgebiet angewiesen ist und wer es ihm wegnimmt, ist sein Todfeind. China ist genau so expansionsbedürftig wie die europäischen Staaten. Es ist sogar noch expansionsbedürftiger und wer dieser Wahrheit zuwiderhandelt, wird eines Tages mit ihm ebenso hart zusammenstoßen, wie er heute mit Rußland zusammenstoßen würde, wenn er ihm die mittelasiatischen Provinzen raubte, die das Dorado seiner Zukunft sind. Rußland, das ohnedies so viel Ausdehnungsraum besitzt, hat sich daher überflüssigerweise einen Feind groß gezogen.

Seine Politik in Persien ist verständlicher, denn dort verfolgt es das Ziel, einmal an das offene südliche Meer zu gelangen. Nationalökonomisch liegt zwar auch dafür keine Nötigung vor, da Rußland an die meisten großen Länder der östlichen Hemisphäre unmittelbar grenzt und auf den Seeweg nicht angewiesen ist. Auch wird ihm durch die transiranische Eisenbahn, die zu erbauen es sich im Verein mit England anschickt, ein Weg nach Süden geschaffen. Trotzdem ist der Ehrgeiz eines so großen Reiches begreiflich, eine warme Küste zu gewinnen und durch die Teilung Persiens in Interessensphären ist die Möglichkeit gegeben, eines Tages dahin zu gelangen. England hat unvorsichtigerweise die Russen, nur um sie für die Einkreisungspolitik gegen Deutschland in guter Laune zu halten, durch den Vertrag, der im August 1907 abgeschlossen wurde, in Persien eingelassen, scheint aber jetzt schon Reue darüber zu empfinden. Für die Erbauung der transiranischen Eisenbahn stellt es Bedingungen, die verhindern sollen, daß aus diesem Schienenweg ein Weg für Eroberer nach Indien werden könne. Ebenso hat England seine Abneigung gegen ein russisches Privilegium zum Durchfahren des Bosporus und der Dardanellen mit Kriegsschiffen deutlich ausgesprochen; da es sich allem Anschein nach entschlossen hat, die asiatische Türkei bis auf weiteres zu erhalten, darf Konstantinopel nicht in die Gefahr kommen, unter das Feuer russischer Kriegsschiffe gestellt zu werden. Aus demselben Grunde muß dieses für Rußland kostbare Recht ihm so lange vorenthalten werden, bis England irgend

eine hohe Gegenleistung bei einer künftigen Teilung der asiatischen Türkei dafür erzielen kann.

Der Einfluß Rußlands auf die Balkanvölker beruhte zum Teile auf Gefühlsbeziehungen, zum größeren Teil aber darauf, daß Rußland sie als Werkzeug benützte, während sie ihrerseits von Rußland Hilfe zur Erreichung ihrer Ziele erwarteten. Rußland sucht sich ihn zu erhalten, indem es jetzt als ihr Anwalt bei den Friedensverhandlungen auftritt; es sucht sogar Rumänien in seinen Bannkreis zu ziehen. Trotzdem ist es wahrscheinlich, daß sich Bulgarien mit der Zeit, da es künftig keiner anderen Bedrohung als der russischen ausgesetzt sein wird und von Rußland nichts mehr erwarten kann — vorausgesetzt, daß Adrianopel jetzt in seinen Besitz gelangt, was in unserem Interesse liegt — sich von Rußland emanzipieren wird. Der Petersburger Einfluß in Sofia wird sinken, umsomehr als es von jetzt an auch eine Ägäische Küste hat, also in unmittelbare Berührung mit England treten kann und mehr als bisher darauf bedacht sein wird, sich mit dieser größten Seemacht, aber auch mit dem Dreibund gut zu verhalten. Griechenland hat zu den Russen niemals rechtes Vertrauen gehabt, es hat immer gewußt, daß ihre Neigung seinen Gegnern, den Slawen, gehörte.

Bleiben Serbien und Montenegro übrig. Die beiden haben bisher darauf gerechnet, daß Rußland, wenn sie mit Österreich in Streit gerieten, sie vor dem Äußersten schützen werde. Sie haben sich während der Annexionskrise darin verrechnet und diesmal hat Serbien, wenngleich der Verlauf etwas milder war, dieselbe Erfahrung gemacht. Natürlich hatte Rußland beidemale, wenn es die Serben unterstützte, nicht nur serbische oder gesamtslawische Interessen im Auge. Jede Stärkung des uns feindlichen kleinen Slawenstaates im Süden ist auch eine Stärkung Rußlands in seinem politischen Spiel, und durch die Schaffung eines serbischen Küstenlandes wäre die Möglichkeit einer unbehinderten Landung russischer Truppen an der Adria, die bisher nur in geringem Maße besteht, sehr gesteigert worden. Trotzdem konnte Rußland dafür einen Kampf nicht aufnehmen, der auch zum Zusammenstoß mit Deutschland geführt hätte. Aber eine Vernichtung des serbischen Staates hätte

es gewiß nicht gutwillig geduldet, nicht nur weil die öffentliche Meinung die russische Regierung stürmisch zu bewaffnetem Widerspruch gedrängt hätte, sondern auch, um, wenn irgend möglich, ein Werkzeug zu retten, das ihm unter Umständen sehr wichtig sein kann. Denn darin liegt die Bedeutung Serbiens, des jetzt vergrößerten Serbien für die russische Politik, daß sie es, wenn sie gegen Österreich-Ungarn und Deutschland vorrücken will, zu jeder Stunde als Verbündeten benützen kann. Mit dem Köder Bosnien-Dalmatien wird Serbien von den Russen noch lange auf russischer Seite gehalten werden und es wird, ohne vielleicht so unvorsichtig zu sein, in das russisch-französische Bündnis einzutreten, uns gegenüber die Beziehungen zu Rußland und Frankreich immer auszuspielen suchen. Nun wird allerdings Rußland künftig weniger Reibungsflächen mit Österreich-Ungarn haben als bisher, da beide Mächte jetzt aus der Balkanpolitik zum großen Teil ausgeschaltet sind. Wenn Serbien nicht herausfordernd gegen Österreich-Ungarn auftritt und dadurch die Monarchie zum Einschreiten zwingt, ist wenig positiver Anlaß zum Streite zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Dessenungeachtet darf man auch dann an eine unbedingte Sicherheit nicht glauben. Rußland wird serbische Wühlereien gegen uns vermutlich unterstützen und wird sich den Augenblick, in dem die Mine zu springen hat, vorbehalten. Seit Buchlau geht es darauf aus, der slawischen Welt zu zeigen, daß es stärker als Österreich-Ungarn ist. Wenn jedoch eine so unvernünftige Regung auch nicht bestimmend wirkt, so kann Rußland sich noch immer aus anderen Gründen veranlaßt fühlen, seine Taktik gegen uns zu richten. Das Motiv dafür würde sich aus der großen Weltpolitik ergeben, die die Möglichkeit von Konflikten zwischen Rußland und Deutschland vor allem wegen Kleinasien in sich enthält. Rußland wird daher die Bundeskraft unserer Monarchie mit Hilfe Serbiens zu schwächen suchen. Die Bedenklichkeit eines serbischen Angriffes wäre jedoch größer, wenn Serbien die Adriaküste besäße, und Deutschland hat daher auch im eigenen Interesse gehandelt, als es uns bei der Abwehr dieses Anspruches unterstützte. Deutschland hat

sein möglichstes getan, um einen Krieg zu verhindern, und dabei die Mitarbeit Englands gefunden. Die englische Regierung baute die goldene Brücke der Botschafterreunion und bot Rußland galant den Arm, um es, begleitet von Frankreich, über diese Brücke hinüberzuführen. Aber Deutschland hat auch offen erklärt, daß es, wenn ein Krieg ausbräche, an unsere Seite treten würde. Österreich-Ungarn würde im umgekehrten Falle ebenso vorgehen müssen. Das Ziel Rußlands wird daher bleiben, durch Druck und Versprechungen unser intimes Verhältnis zu Deutschland zu erschüttern und bald uns, bald unseren Verbündeten mehr auf seine eigene Seite zu bringen. Eine weitblickende Politik in Wien und in Berlin wird jedoch niemals darauf eingehen dürfen.

Fassen wir zusammen: als eine Großmacht altertümlichen Gepräges betrachtet Rußland das Herrschen an sich schon als ein Ziel seiner Politik. Darin liegt eine Gefahr, da es, um diesen Trieb zu befriedigen, alle Staaten, die es für schwächer hält als es selbst ist, unter Druck zu stellen und die benachbarten Kleinstaaten in seinem Bannkreis zu halten sucht. Vor Gegnern, denen es nichts anhaben kann, beugt es sich und, wie das Bündnis mit der französischen Republik zeigt, opfert es auch prinzipielle Vorurteile. Dieses höchst bequeme Bündnis wird lange Zeit ein Hauptelement der russischen Politik bleiben. Es bietet zugleich, wie übrigens auch die Entente mit England, den Vorteil, daß diese beiden Hauptvertreter freier politischer Einrichtungen durch ihre enge Beziehung zur Petersburger Regierung abgehalten sind, den Liberalismus oder gar die Revolution in Rußland auch nur publizistisch zu unterstützen.

Als eine Ehrenfrage betrachtet Rußland die Erreichung des ausschließenden Rechtes der Meerengendurchfahrt. Da die Meerengenfrage bisher nur unter der Voraussetzung lösbar gewesen wäre, daß die Durchfahrt allen freigegeben werde, so daß Rußland fürchten mußte, im Kriegsfalle von einer überlegenen Flotte im Schwarzen Meer angegriffen zu werden, hat es seit den letzten Zurückweisungen durch England im Oktober 1908 und im Oktober 1911 diese Frage nicht mehr aufgeworfen.

Selbstverständlich ist jedoch der alte Wunsch darum nicht fallen gelassen worden. Zu geeigneter Zeit wird Rußland ihn wieder erheben und Rumänien und Bulgarien als Anrainer des Schwarzen Meeres, vor allem aber den Besitzer Konstantinopels für sich zu gewinnen trachten. Ist dieser Besitzer noch die Türkei, so wächst für Rußland die Bedeutung des Durchfahrtsprivilegiums, freilich aber auch die Schwierigkeit, es zu erlangen.

Bestimmte territoriale Ziele verfolgt Rußland in Asien. Dort erstrebt es die allmähliche Gewinnung Chinesisch-Turkestans, der Dschungarei und der Mongolei sowie der nördlichen Mandschurei. Um den Widerstand Chinas zu paralysieren, ist es genötigt, gute Beziehungen zu Japan zu erhalten. Ebenso war mit Rücksicht auf die asiatischen Bestrebungen der Gedanke richtig, sich mit England in ein gutes Einvernehmen zu setzen. Dieses Verhältnis bot besondere Vorteile in einer Zeit, in der England seine Front gegen Deutschland und infolgedessen auch gegen Österreich-Ungarn richtete, so daß Rußland ein Pressionsmittel gegen seine westlichen Nachbarn in die Hand bekam.

Trotzdem wird Rußland einen Krieg gegen Deutschland wahrscheinlich noch lange zu vermeiden suchen. Es macht Deutschland sogar zeitweise Zugeständnisse, zum Teil, um es nicht zu sehr mit Österreich-Ungarn zusammenwachsen zu lassen, zum Teil, um sich eine gewisse Bewegungsfreiheit innerhalb der Tripelentente zu erhalten und von England und Frankreich nicht abhängiger zu werden, als ihm zweckmäßig erscheint. Es rechnet darauf, daß die Verstimmungen, die darüber in Paris und London entstehen, schnell vorübergehen. Rußland ist jedoch bei seinem Ehrgeiz in Asien so großen Lockungen ausgesetzt, daß man nicht wissen kann, *ob es sich nicht in Situationen verstrickt, aus denen es dann nicht zurückfindet*. Es ist der russischen Politik gelungen, Persien vollständig regierungsunfähig zu machen, was um so leichter war, als England in der Eduardschen Epoche ihm dabei Hilfe geleistet hat. Die Teilung des Landes unter die zwei Mächte wird kaum mehr zu vermeiden sein. Sollte England im weiteren Verlaufe der Entwicklung den ehrgeizigen Plan ausführen wollen, eine Landverbindung zwischen Südpersien und Ägypten

zu schaffen, so würde sich Rußland die Zustimmung dazu vielleicht abkaufen lassen. Aber eine Festsetzung deutschen Einflusses in Kleinasien würde es mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Es werden dabei ebensowohl Gefühlsgründe mitwirken, wie die Abneigung dagegen, einen militärisch so starken Nachbarn nicht nur an der Westgrenze, sondern auch an der Südgrenze zu haben. Rußland wird den Einfluß in Kleinasien selbst erringen wollen, wenn jedoch Deutschland sehr fest auftritt, wird sich die Unabhängigkeit des asiatisch-türkischen Reiches, vorausgesetzt, daß es nicht innerlich zerfällt, erhalten lassen. Zerfällt es, so können große Katastrophen daraus entstehen.

Seit Deutschland genötigt ist, sich unmittelbar für die Orientangelegenheiten zu interessieren, können direkte Interessengegensätze zwischen ihm und Rußland entstehen. Aber sie müssen nicht entstehen. Ebenso kann die Polenfrage, die bisher zusammenhaltend wirkt, weil beiden Teilen daran gelegen ist, sie nicht aufleben zu lassen, später einmal Ursache zum Auseinandergehen werden. Die Politik Rußlands ist ein schwer zu entwirrendes Geflecht von Interessenpolitik und dynastischer, kirchlicher, nationaler und allslawischer Gefühlspolitik.

Deutschland und die internationale Situation.

Für Deutschland ist unter Kaiser Wilhelm II. eine neue Zeit angebrochen. So viele Fehler im einzelnen begangen wurden, so war doch der Grundgedanke, der sich durchgerungen hat, der richtige. Wie man von der Eduardschen Politik sagen muß, daß sie technisch oft glänzend, in der Gesamtrichtung aber verfehlt und durch einen nervösen und hämischen Zug entstellt war, so kann man über die Politik, die Deutschland in dieser Zeit befolgt hat, urteilen: sie war in der Technik zuweilen mangelhaft, litt an Sprüngen und Widersprüchen, aber in der Gesamttendenz war sie richtig.

Das deutsche Leben hat in den letzten dreißig oder vierzig Jahren zur Großartigkeit in der praktischen Betätigung gedrängt, und diesem Zuge suchte die Politik sich anzupassen. Es ist selbstverständlich, daß sie sich dadurch auch mit neuen Lasten beschwerte und den streng geschlossenen Charakter, den ihr Bismarck nach den großen Siegen verliehen hatte, verlor. Der Österreicher ist seit jeher an komplizierte Situationen im Innern und nach außen hin gewöhnt; England ist stets bereit, mit seinen geworbenen Matrosen und Soldaten in aller Welt Krieg zu führen. Deutschland ist jetzt in die Phase getreten, in der es, mit seiner allgemeinen Wehrpflicht, seinem allgemeinen Stimmrecht, von heute auf morgen vor die Notwendigkeit gestellt sein kann, für Interessen, deren ganze Wichtigkeit nicht auf den ersten Blick jedem im Volke einleuchtet, seine volle Kraft einsetzen zu müssen. Wenn man sich bewußt ist, daß Feldzüge nicht von den Geschützen, sondern von den Menschen, ihrer zähen Ausdauer, Opferbereitschaft und Todesverachtung entschieden werden, so wird man sich darüber klar, welche Durchdringung eines Volkes mit Staatsgefühl, aber auch welche Erweckung des politischen Sinnes erforderlich ist, wenn solche

Wege mit Unerschrockenheit und Selbstvertrauen betreten werden sollen. Diese Erweckung wird vielleicht am meisten dadurch gefördert, daß Deutschlands Hauptrivale das politisch vorgeschrittenste Land, England, ist. Jeder lernt, ob er will oder nicht, von seinem Gegner.

Selbst auf die innere Politik muß die Rivalität abfärben. Damit soll nicht gesagt sein, daß Deutschland Aussicht habe, zu einer, übrigens auch in England nicht mehr vollkräftigen Parlamentsherrschaft zu gelangen. Die Macht des Parlamentarismus ist überdies nur eines der Mittel zur Annäherung an das Ideal: die Führung der Demokratie durch die Aristokratie des Geistes, der Kraft und des guten Willens. Jede Nation muß zu diesem Ziel auf dem Wege finden, der für ihre Eigenart und ihre Verhältnisse der passendste ist; aber das Ziel selbst wird durch die Entwicklung Englands am deutlichsten vor Augen geführt. In der auswärtigen Politik hat Deutschland von England den weiten Blick und die sichere Schnelligkeit der Bewegung zu lernen. Diese Vorzüge können durch die Mißgriffe, die England in den letzten zehn Jahren begangen hat, nicht verdunkelt werden, besonders da es im Begriffe scheint, sich von ihnen wenigstens teilweise loszulösen.

In der letzten Krise war die Haltung Englands besonders wichtig. England ging nicht, wie vor vier Jahren, mit der antiösterreichischen Partei, sondern es entschied sich dafür, eine Lösung zu erleichtern, die Österreich-Ungarns Wünsche berücksichtigte. Es hat damit auch der russischen Regierung einen Dienst geleistet, denn es gab ihr die Möglichkeit, sich auf kriegerische Gesten zu beschränken und in der Sache selbst Österreich bei der Verteidigung seines bescheidenen Programms gewähren zu lassen. Hätte England anders gehandelt, so hätte es Rußland den Rückzug abschneiden und einen Krieg herbeiführen können, der dann auch den Zusammenstoß mit Deutschland zur Folge gehabt hätte. Es hat ihn nicht herbeigeführt, hat ihn also nicht herbeiführen wollen, hat vielmehr mit Deutschland zusammen für die Erhaltung des Friedens gearbeitet. Während der Marokkokrise war es französischer als die Franzosen und hätte sie mitgerissen, wenn sie nur einigermaßen geneigt gewesen

wären, sich zu schlagen. Aber das Jahr 1912 wirft auf das Jahr 1911 ein Licht, in dem man erkennt, daß damals nicht Macchiavellismus die Politik Englands bestimmte, sondern tatsächlich eine falsche Auffassung der Bestrebungen Deutschlands. Die englische Regierung war verblendet, sie lebte noch in dem unter König Eduard geschaffenen Gesichtskreis. Sir Edward Grey war in seinen Vorurteilen befangen und Lloyd George hielt eine unbesonnene Rede; sie hätten damit großes Unglück anrichten können, aber nicht aus Eifer, Krieg zu führen, sondern aus Mangel an Einsicht. So schlimm steht es also nicht mehr zwischen England und Deutschland, daß ein Krieg unvermeidlich wäre; das hat sich jetzt gezeigt. Es ist nur die Frage, wie viel man von den Befürchtungen abschlagen darf. Für einen Präventivkrieg gegen Deutschland ist keine Stimmung mehr in England. Diese Woge ist verrauscht. Vielleicht kehrt sie wieder. Ob England schon so weit ist, um sich mit den weltpolitischen Bedürfnissen Deutschlands abzufinden, ihm irgend etwas von seinem eigenen Ehrgeiz zu opfern, ist noch nicht bewiesen. Es ist jedoch schon so weit, um unbefangen auch die Gefahren zu beurteilen, die ihm von Rußland in Vorderasien drohen und zu ihrer Abwehr sich nötigenfalls auch mit Deutschland diplomatisch zusammenzufinden. Auch im fernen Osten ist nicht mehr alles so wie es zur Zeit König Eduards war. Mehr und mehr muß man daran denken, daß Japan auch einmal der Feind Englands werden, daß es seinem Ausdehnungsdrang die Richtung nach Australien geben könnte. Die Eduardsche Politik braucht starke Korrekturen.

Es gibt kaum eine Art politischer, wirtschaftlicher und sozialer Vorzugsstellung, die England nicht besäße. Alle seine Bevölkerungsklassen haben die weite Welt vor sich. Es verfügt über Kolonien für Landwirte und für Viehzüchter, für Fabriksarbeiter und für Bergleute, für den Großkaufmann und für den Händler, für Abenteurer, für Beamte, für Offiziere und — man denke an Indien mit seinen hohen Regierungsstellen — für Ritter und Lords. Das Mutterland sorgt durch Riesenflotten für seine Ernährung, ist Festsaal und Familienmittelpunkt für alle, produziert nur Industrieerzeugnisse, braucht auf agrarische Inter-

essen keine Rücksicht zu nehmen und kann die vorteilhaftesten Handelsverträge abschließen. Es vermittelt gegen reichen Gewinn den Warenaustausch der entlegensten Häfen, ist der internationale Geld- und Wechselmarkt, genießt selbst den größten Kredit, leiht Millionen in die Ferne und betreibt Unternehmungen an allen Enden der Erde. Sein Reichtum und das Alter seiner freien Institutionen verschaffen ihm Ansehen und gewinnen ihm leichter als den meisten anderen Staaten Sympathien in der Fremde. Die Sitten seiner Gesellschaft werden nachgeahmt, seine Sprache ist überall bekannt, seine Auffassungen und Urteile verbreiten sich am leichtesten und es hat mehr Einfluß auf die allgemeine Meinungsbildung als seine Konkurrenten. Jeder Staat, der eine Küste hat, muß mit Englands Seemacht rechnen und selbst ist es unangreifbar — — — ist es aber wirklich noch unangreifbar? Der ängstliche Zweifel darüber, seit Deutschland sich eine starke Marine geschaffen hat, der Gedanke, daß künftige Eroberungen in überseeischen Ländern durch das Eingreifen Deutschlands erschwert werden könnten, das Streben, eine Einigung der großen Kontinentalmächte, die sich gegen England richten könnte, zu verhindern, hat die englische Politik der Eduardschen Zeit bestimmt.

Die gütige Natur sucht bekanntlich jedes Übel auszugleichen. Da die Deutschen eine sehr zahlreiche, expansionsbedürftige und wehrfähige Nation sind, die sich jedoch außerhalb Europas national nicht zur Geltung bringen kann, hat die Natur sie mit einem nur schwachen Nationalgefühl ausgestattet, so daß die große Mehrheit das Tragische der Situation nicht empfindet. Sie hat sich lange Zeit bewußt gegen den kolonialen Gedanken gesträubt, aber sie hat unbewußt auf ihn hingearbeitet. In einer Minderheit des Volkes hat sich in den letzten Jahrzehnten ein starker Trieb herausgebildet, dem Deutschtum eine ihm gebührende Stellung in der Welt zu verschaffen, der Kaiser hat sich ihr lebhaft angeschlossen und Deutschland wurde in eine neue Bahn gedrängt. Für ein Volk von wenigen Millionen Menschen hat es nichts Demütigendes, sich jenseits seiner Grenzen nicht selbständig betätigen zu können; für ein Volk von 66 Millionen ist es ein Zeichen von Schwäche, eine Herab-

drückung des Selbstgefühls, wenn ihm die Betätigung von anderen verwehrt wird.

Es ist zugleich, von allen unmittelbar wirtschaftlichen Momenten abgesehen, eine Einengung des Gesichtskreises, eine Absperrung von der freien Luft. Die großen Ansiedlungskolonien sind Jungbrunnen für das englische Volk, die Tropenkolonien sind Tummelplätze für weitgespannten Unternehmungsmut. Das große deutsche Volk hatte kein eigenes Plätzchen in der Ferne, trotz der Menge seiner Wanderlustigen, seiner Bauern, die bereit waren, neues Land zu bearbeiten und zu verteidigen, seiner Unternehmer, Techniker, Ingenieure, die das Wagnis nicht scheuen, trotz der Menge seiner abenteuerlustigen Jugend, die es außerhalb der streng geometrisch geordneten heimatlichen Verhältnisse versuchen möchte und die es in der Fremde zu etwas bringen könnte, während sie zu Hause verdrießlich verkümmert. Das konnte nicht mehr gründlich geändert werden, aber das Streben nach Änderung blieb doch nicht ganz fruchtlos, der koloniale Gedanke ist allmählich ein Bestandteil der deutschen Politik geworden. Er ist es nicht in dem Maße wie in England, Frankreich und Rußland, aber er entspricht einem so starken kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnis, daß selbst eine Regierung, die ihn zurückstellen wollte, ihn nicht mehr vernachlässigen darf. Er kompliziert und erschwert die Aufgabe der deutschen Diplomatie, aber er läßt sie nicht mehr los. Was versäumt ist, läßt sich kaum mehr nachholen, aber eine Korrektur wird Deutschland bei gelegener Stunde zweifellos verlangen. Wir denken dabei nicht an den Kongostaat. Eine Agitation für die Erwerbung des Kongostaates würde Belgien notwendig zu Frankreich treiben. Wenn jedoch England den nächsten Schritt zur Erweiterung seines Reiches tut, etwa durch Okkupation von Südarabien, wird Deutschland fordern müssen, daß der Vertrag über die Teilung der portugiesischen Kolonien ausgeführt werde. Da das deutsche Volk jedoch nicht mehr so viel eigenes Gebiet jenseits der Meere erwerben kann als seinem natürlichen Ausdehnungsbedürfnis entsprechen würde, ist es umsomehr darauf angewiesen, sich Länder nicht versperren zu lassen, die auf europäische Geistesarbeit angewiesen sind und in denen es seinen

Unternehmungsdrang betätigen kann. Das Interesse unserer Monarchie fällt hier mit dem des Deutschen Reiches zusammen.

Die Besitzergreifung orientalischer Gebiete durch fremde Großmächte nähert sich dem Punkte, wo die Interessen der Dreibundmächte ins Spiel kommen. Arabien ist das letzte, was England an sich reißen kann, ohne das Innerste des einzigen noch bestehenden, organisierten mohammedanischen Reiches zu zerstören. Wenn England Südarabien okkupiert — wobei Wert darauf gelegt werden müßte, daß Mekka und Medina als Mittelpunkte des Islam selbständig bleiben — wird eine Vereinbarung mit Deutschland unausbleiblich sein. Ganz anders jedoch als Arabien müssen die Hauptprovinzen der asiatischen Türkei behandelt werden. Für die Unabhängigkeit dieses Restes wird sich der gesamte Dreibund einsetzen müssen und wenn er ihn nicht zu retten vermag, wenn die Türkei auch ihre asiatischen Nebenländer nicht zu erhalten vermag, wenn sich nach Jahrzehnten zeigt, daß sie unwiderruflich, da sie sich ohne die türkische Hand nicht regieren können, europäischer Herrschaft verfallen sind, dann, in diesem äußersten Falle, müssen seine Mitglieder ihren Anteil daran verlangen.

Italien hat nicht nur in seiner inneren Entwicklung, es hat auch kolonialpolitisch ein Schicksal, das dem der deutschen Nation ähnlich ist. Das Volk, das im Mittelalter das östliche Mittelmeer beherrscht hat, wie die Hanseaten die Ostsee und Nordsee, das Volk, aus dem Marco Polo und Columbus hervorgegangen sind und das seither eine Fülle von arbeitskräftigen Menschen nach Südamerika, wie Deutschland nach Nordamerika geschickt hat, mußte nach der Schaffung eines geeinigten Reiches auch nach maritimer Macht verlangen. Die Expedition nach dem Roten Meere war ein erster und unpopulärer Versuch. Der Zug nach Tripolis jedoch wurde begeistert aufgenommen. Wie Deutschland auf die englische Rivalität, so stieß Italien auf die französische. Trotzdem konnte im Jahre 1901 der Vertrag zwischen den beiden Ländern, der gegenseitige Enthaltung in Marokko und Tripolis festsetzte, zu stande kommen, weil Frankreich immer in der Hoffnung lebte, Italien vom Dreibund ab-

ziehen zu können. Dies ist trotz der starken gefühlsmäßigen Gegensätze zwischen Italien und Österreich-Deutschland nicht gelungen. Der Dreibund bildet, wie im Laufe der Jahre allen seinen Teilnehmern klar geworden ist, den besten Schutz für den Frieden, den Italien zu seiner Kräftigung braucht, und wenn man Krieg in Betracht ziehen will, so ist die Erwägung entscheidend, daß Italien in einem Kriege gegen Österreich-Deutschland viel weniger zu gewinnen hätte, als in einem Kriege gegen Frankreich, der ihm außer Korsika und Nizza auch Tunis bringen könnte, dessen europäische Bevölkerung überwiegend italienisch und nur zum kleinsten Teil französisch ist. Nur die Möglichkeit, durch einen deutsch-englischen Zusammenstoß in einen Kampf mit England hineingezogen zu werden, konnte Italien bedenklich machen. Durch das Wachstum der deutschen Flotte und die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen ist dieses Bedenken gemildert worden.

In der rein kommerziellen überseeischen Politik sind Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn natürliche Verbündete. Allen dreien muß daran gelegen sein, daß das, was von der Türkei übrig bleibt, nicht von den Ententemächten geteilt werde und daß die Türkei auch nicht etwa nur ein Scheindasein unter russischer oder englischer Oberhoheit führe. In England hat der Gedanke Anhänger, Arabien, das südliche Syrien und Mesopotamien mit Ägypten zu vereinigen. Das nördliche Syrien wird für den Fall einer Teilung der Türkei von den Franzosen als ihre Zukunftsdomäne betrachtet. Russische Wünsche richten sich auf Armenien, das eine Autonomie erhalten soll, die die Vorstufe zur Loslösung wäre. Gegen solche Möglichkeiten müssen die Dreibundmächte mit aller Kraft auftreten. *Vor allem muß Kleinasien, das echte Türkenland, in voller Unabhängigkeit erhalten bleiben.* Aber auch die Nebenländer müssen unter dem Schutz des Dreibundes stehen und sollten sie jemals verloren gehen, so müssen wir unbedingt mitzureden haben. Es läßt sich, wie gesagt, zur Not denken, daß Arabien vom türkischen Reiche losgelöst wird, ohne daß Erschütterungen entstehen. Aber Syrien und Mesopotamien müssen unantastbar bleiben, wenn nicht alle Macht-

verhältnisse sich ändern sollen. Die Verwirklichung des Teilungsgedankens wäre eine politische und wirtschaftliche Machtverschiebung ersten Ranges, die der Dreibund um keinen Preis zulassen kann. Wir müssen trachten, daß die asiatische Türkei in Selbständigkeit erhalten bleibe und es darf nicht geschehen, daß durch beständige Bedrohung von außen ihre inneren Schwierigkeiten gesteigert werden, ihre Lebensfähigkeit zerstört werde. Hier ist der Boden, auf dem alle Großmächte zusammenwirken könnten. Besonders aber England hat Ursache, sich nicht durch Eroberungslust verblenden zu lassen und sich der erhaltenden Partei anzuschließen. Denn was immer es auch am Euphrat gewinnen könnte, wäre keine Entschädigung dafür, daß es die Franzosen nach Syrien, in die Nähe Ägyptens, einlassen müßte.

Über das künftige Verhalten Deutschlands zu England werden die Orientfragen entscheiden. Es handelt sich zunächst darum, daß die englischen Politiker von dem Mißtrauen ablassen, mit dem sie Deutschland verfolgten, seit es eine maritime Politik zu betreiben begonnen hat, während sie Frankreich und Rußland jede Vergrößerung gönnten, ja ihnen, um sie an sich zu fesseln, dazu verhalfen. Es galt für die höchste Weisheit, sich gegen die eingebildete Gefahr einer deutschen Landung zu schützen, und für das höchste politische Vergnügen, Deutschland zu übergehen, wenn es in der Weltpolitik das Wort ergreifen wollte. „Das Auge des Vorsitzenden zu fangen", wie es in der englischen Parlamentssprache heißt, sollte ihm nicht gelingen. Das Wachstum der deutschen Flotte hat das Mißtrauen gesteigert, aber es hat auch nützlich gewirkt. Die Angriffspartei in England weiß jetzt, daß ein Überfall auf Deutschland höchst bedenklich wäre. England darf sich der Gefahr einer Niederlage zur See nicht aussetzen. Die Wellenkreise, die ein solches Ereignis ziehen würde, könnten für die englische Herrschaft in Indien und Ägypten verhängnisvoll werden. Anderseits ist auch das Wachstum der englischen Flotte, das mit Hilfe der Kolonien erfolgt, für den Frieden insoferne günstig, als es die Engländer wieder mit dem Bewußtsein erfüllt, daß die gefürchtete deutsche Invasion doch nicht in Rechnung gezogen zu werden braucht.

Die Vermehrung der Flotten auf beiden Seiten ist eine Steigerung der beiderseitigen Defensivkräfte und schafft ein erhöhtes Gefühl der Sicherheit, das eine Annäherung und damit auch ein gelegentliches Einvernehmen ermöglicht*).

Frankreich wird selbstverständlich auch weiter unter der Obhut Englands stehen. In der französischen Republik haben sich schon zur Zeit, als noch Bismarck angeblich fortwährend dunkle Pläne schmiedete und auf Kriege sann, kluge Männer gefunden, die den Mut hatten, die von Deutschland gerne gesehene koloniale Erweiterungspolitik zu führen. Diese Politik, die damals England erbitterte, kommt ihm jetzt zu gute, weil die Republik schon aus Sorge für ihre Kolonien sich an die große Seemacht, die ihr gefährlich werden könnte, anklammert. Sie hat sich ein großartiges Kolonialreich geschaffen, aus dem, wie sie hofft, einst sogar Soldaten geholt werden können, aber das Verhältnis zu Deutschland hat die französische Kolonialpolitik nur indirekt ändern geholfen. Sie hat der französischen Diplomatie die Gelegenheit gegeben, in den vielfachen Kombinationen, in die sie gelangte, an Deutschland gelegentlich eine kleine Revanche zu nehmen, die für die Hinausschiebung der großen Revanche entschädigte. Diese große Revanche ist nicht ausdrücklich aufgegeben. Aber so oft es möglich wäre, den angedrohten Rachekrieg zu führen, zieht man es doch vor, ihn zu unterlassen. Im übrigen sind alle Bemühungen Deutschlands, die Franzosen durch Liebenswürdigkeiten zu gewinnen, vergeblich und werden es noch lange bleiben. Deutschland muß damit rechnen, daß es an seiner Westgrenze einen unversöhnlichen Nachbar hat, der, wenn Rußland oder England losginge, sich nicht zurückhalten ließe, nicht zurückhalten lassen könnte. Allerdings hat der Nachbar jetzt um eine verwundbare Seite mehr, da an seinen afrikanischen Besitz das italienische Tripolis grenzt und er im Falle eines Krieges auch dort angegriffen werden könnte. Inzwischen werden sich Franzosen, Italiener und — als Herren Ägyptens — Engländer bemühen, ihre

*) Während diese Schrift unter die Presse geht, treffen die Nachrichten ein, welche die Hoffnung auf eine Annäherung verstärken.

mohammedanischen Untertanen, die ein sehr brennbares Element sind, zu beschwichtigen und zu versöhnen.

Die Beziehungen Deutschlands zu Rußland sind wesentlich dadurch entlastet, daß die türkische Herrschaft in Europa bis nach Konstantinopel zurückgedrängt ist, denn damit ist die Rivalität zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zum großen Teile gegenstandslos geworden. Durch die Verlegung des Orientproblems nach Asien entsteht jedoch die Möglichkeit direkter scharfer Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland. Es ist, wie man nicht oft genug betonen kann, für Deutschland eine Lebensfrage, daß die Hauptgebiete der asiatischen Türkei selbständig bleiben und es müßte für ihre Unabhängigkeit oder besser gesagt, gegen ihre Verteilung unter die Ententemächte unter Umständen sogar einen Krieg wagen. Die Gefahren der orientalischen Frage sind schwächer geworden, sie sind aber noch keineswegs geschwunden. Entscheidend aber ist, daß Deutschland sich immer vorhalten muß, daß unter den Tritten eines deutsch-russischen Krieges der Sargdeckel einbrechen würde, unter dem die polnische Frage schlummert.

Die Balkanslawen sind befreit, selbst die Albanesen haben nationale Rechte errungen, Völker, die jahrhundertelang vergessen hatten, daß sie jemals selbständig waren, werden sich in Unabhängigkeit entfalten können — das sind Ereignisse, die auf die Polen wie ein elektrischer Schlag wirken müssen. Das nationale Russentum lebt vorläufig in der Selbsttäuschung, alle nicht russischen Stämme des Reiches für ewige Zeiten niederhalten zu können und es will sich noch nicht eingestehen, daß einer kompakt zusammenwohnenden Masse gegenüber, die einen vollständigen nationalen Organismus mit Bauerntum, Kleinbürgertum und Großbürgerschaft, Arbeiterschaft, Intellektuellen und Adel besitzt, eine solche Hoffnung utopisch ist. Der Tag wird kommen, an dem diese Einsicht in Rußland aufdämmern wird und an dem Rußland einen Weg suchen wird, mit Polen zu transigieren. Vielleicht wird es ihn suchen, um Preußen Verlegenheiten zu bereiten. Aber auch wenn dies nicht der Zweck sein wird, wird es das Ergebnis sein. Eine Aussöhnung zwischen Russen und Polen wird Preußen nötigen, sein Verhalten gegen-

über den Polen in Posen und Westpreußen gleichfalls zu ändern oder es wird sich in einen viel schwierigeren Kampf verwickelt sehen, als den, den es jetzt in den Grenzprovinzen zu bestehen hat. Rußland wird sich entlasten, Deutschland wird um eine Last mehr zu tragen haben. Der Mittelpunkt des Polentums liegt in Rußland und in dem Augenblicke, in dem die Polen sich mit Rußland versöhnen, wird sich ihre ganze Angriffskraft gegen Deutschland wenden. Sie werden die Avantgarde Rußlands werden, das sie, so oft es ihm beliebt, gegen Deutschland verwenden würde.

Ein Verlust der polnischen Gebietsteile würde für Deutschland etwas ganz anderes bedeuten, als für Rußland. Auch wenn die polnischen Gebietsteile Preußens nicht tatsächlich abgetreten würden, sondern nur politisch eine besondere Organisation erhielten, würden die dortigen Deutschen der Aufsaugung durch die übermächtige polnische Mehrheit ausgesetzt sein. Vollends jedoch die territoriale Losreißung im Falle eines unglücklichen Krieges wäre eine Bedrohung Deutschlands im Herzen selbst. Berlin ist der polnischen Sprachgrenze nahe, Breslau und Königsberg liegen unmittelbar an ihr. Dazu kommt, daß die jetzt noch verhältnismäßig locker besiedelten polnisch sprechenden Bezirke das eigentliche Kolonialgebiet des deutschen Volkes sind, das jenseits des Meeres so gut wie nichts dergleichen besitzt. Eine Wendung in der russischen Polenpolitik wäre für Deutschland eine große Gefahr und vielleicht wird sie dann eintreten, wenn die russische Regierung glaubt, das Polentum vollständig auf das Weichselgouvernement zurückgedrängt und Litauen in Sicherheit gebracht zu haben. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland diese Möglichkeiten ernstlich in Betracht ziehen muß und die nächste Folgerung daraus ist, daß ein Krieg gegen Rußland nicht geführt werden kann, ohne daß auch eine Lösung der polnischen Frage in Rechnung gestellt wird. Wenn Deutschland siegt, muß es Polen von Rußland abtrennen. Es kann gar nicht anders. Denn sonst wird Polen unfehlbar als Vorreiter der russischen Revanche verwendet und dem russischen Revanchekrieg ist als Ziel die Losreißung aller preußischen Provinzen, in denen Polen wohnen, gegeben. Der uneingeschränkte, slawi-

sche Gedanke wird dann mit aller Wucht gegen Deutschland gekehrt sein und die Einkreisung ist restlos vollzogen. Bisher scheut sich Rußland, zum Teil aus Furcht vor der Aufwerfung der polnischen Frage, mit Deutschland anzubinden; ist jedoch aus irgend welchen Ursachen trotzdem ein Krieg ausgebrochen und ist Rußland besiegt und es bleibt ihm das Weichselland, so wird es den Polen so viele Zugeständnisse machen, als nur irgend möglich ist, um ihren durch die Enttäuschung gesteigerten Haß gegen Deutschland noch zu verschärfen. D e u t s c h l a n d i s t d a z u v e r u r t e i l t, w e n n e s R u ß l a n d n i e d e r w i r f t, d i e p o l n i s c h e F r a g e z u l ö s e n und man darf hinzufügen: erst wenn es sie gelöst hat, wird es seine Ansiedlungspolitik im größten Stil fortführen können, um die östlichen Grenzländer den Deutschen ganz zu gewinnen.

Die weitere Konsequenz wäre, daß ein neu erstandenes Polen in ein enges Verhältnis zu Deutschland treten müßte. Denn andernfalls verliert Deutschland, da es aufhören würde, Rußlands unmittelbarer Nachbar zu sein, jede Möglichkeit, auf Rußland einen Druck auszuüben. Das Schwinden dieser Möglichkeit aber würde das Gewicht Deutschlands in allen internationalen Kombinationen verringern und würde Rußland gestatten, ohne viel Rücksicht auf deutschen Einspruch, dem nur die deutsche Seemacht Nachdruck verleihen könnte, in Asien vorzugehen. Schon diese Erwägung zeigt, daß Deutschland nur unter Beobachtung strengster Vorsicht die Lösung der Polenfrage in die Hand nehmen, daß es daher auch nur wenn es unbedingt muß, einen Krieg gegen Rußland führen wird. Ebenso wird Rußland, wenn nicht turbulente Panslawisten in seine Politik entscheidend eingreifen, es sich dreimal überlegen, ehe es einen Krieg wagt, der ihm den Verlust seiner Westprovinzen und vielleicht auch Bessarabiens und der ukrainischen Länder bringen kann. Der Einsatz ist zu groß für die Aussicht auf Gewinnung Galiziens und selbst Kleinasiens. Wenn Rußland vernünftig handelt, wird es einem Kriege mit Deutschland auch in Zukunft ausweichen.

Das Gesamtbild ist: Die großen Nationen stehen einander in befestigten Lagern gegenüber. Jede hat Grund, einen Angriff

auf das Lager des Gegners zu scheuen. Bisher gab es Teilungsgebiete, nach denen die Hand ausstrecken durfte, wer am nächsten war, und die nächsten waren nicht die eingeengten mitteleuropäischen Reiche, sondern die Randmächte Rußland, England, Frankreich, schließlich sogar Italien. Jetzt hat sich dies geändert. Das mögliche Teilungsgebiet, das arabisch sprechende Vorderasien wird, hoffen wir es, auch von den mitteleuropäischen Reichen behütet und selbst England darf sich, seit Deutschland eine große Flotte besitzt, eigenmächtiges Zugreifen nicht erlauben. Die Situation ist zum Stehen gekommen. Trotzdem werden die alten Gewohnheiten weiter wirken und, vereinigt mit wirklichen Volksbedürfnissen und mit in der Tiefe wühlenden Kräften und Übelständen, die Unruhe fordauern lassen. Polen, Vorderasien, Persien, China werden zu schaffen geben. Alle diese Probleme und dazu das elektrische Zittern der serbischen Bewegung haben das Gemeinsame, daß sie Rußland angehen und daß sie direkt oder indirekt Deutschland berühren.

Deutschland hat das Anrecht darauf, seinen überseeischen, seinen afrikanischen Besitz zu erweitern und im Orient hinter keinem zurückzustehen. Sein Hauptansiedlungs- und Hauptproduktionsgebiet liegt jedoch für alle Zeiten in Mitteleuropa und seine Hauptstütze, soweit es sie außerhalb seiner eigenen Grenzen zu suchen hat, im Bündnis mit der habsburgischen Monarchie und daher im österreichischen Deutschtum. So lange sich Europa darüber klar ist, wird dadurch auch die Richtung für die Politik aller anderen europäischen Staaten gegeben.

Die Seele Österreichs.

Ein Staat, der keine Seele hat, ist kein Organismus sondern ein Mechanismus, und die Seele des Staates ist das Gefühl, das seine Bürger einigt. Der einzelne muß stolz sein, wenn die Gesamtheit sich als tüchtig bewährt, beschämt, wenn sie gedemütigt wird oder sich selbst herabgesetzt hat, sich mit ihr freuen und mit ihr grämen. Die Gesamtheit muß als eine ideale Persönlichkeit erscheinen mit den Charakterzügen, die der einzelne am höchsten schätzt, eine Persönlichkeit, die das, was der einzelne sein möchte, wirklich ist, die für ihn heldenhaft und klug, einsichtsvoll und gütig, für ihn Denker und Dichter ist. Sie muß ihm als eine Persönlichkeit erscheinen, die nach irdischem Maßstab ewig ist, alt und jung zugleich, in entlegene Vergangenheit zurückreichend, in entlegene Zukunft weit hinausreichend. In dieser idealen Persönlichkeit mitlebend, ist der einzelne weniger vergänglich und weniger schwach, ist er anonym unsterblich und anonym groß, die Nation ist sein gesteigertes Selbst. Das Fühlen für die geschlossene Gesamtheit, der man angehört, ist ein erhöhter, durch Opferfähigkeit geadelter Individualismus, und es steigt mit ihrer Selbstbewertung, mit ihrem geistigen und moralischen Besitz, mit ihrem Kapital an großen Erinnerungen. Voraussetzung dieses inneren Zusammenhanges ist, daß man sich untereinander ähnlich fühle, und schon darum ist die Gleichheit der Sprache und das Bewußtsein gleicher Abstammung oder doch jahrhundertelangen Zusammenlebens die stärkste Bedingung, die aus der Masse eine Nation schafft. Sie ist indes nicht die einzige. Es hat sich gezeigt, daß auch ohne sie gemeinsame Einrichtungen, gemeinsame Kämpfe, ein gemeinsames sich Verschiedenfühlen vom Ausland — wie ja überhaupt der Begriff „Ausland“, das „Nicht ich“, vorhanden sein muß, um das Vaterland, das „Ich“,

zu erzeugen — Nationen zu schaffen vermochten. Selbst das Heimatsgefühl, der Gemütsboden, aus dem im allgemeinen das Gemeinsamkeitsgefühl entspringt, ist für den Patriotismus entbehrlich. Die Amerikaner sind leidenschaftliche Patrioten, ohne das Heimatsgefühl zu kennen. Das Entscheidende ist der gemeinsame Gedanke, der Wille zum Zusammengehören, die ins Instinktive übergegangene Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenbleibens. Die Seele eines Staates ist das Gefühl, das alle einzelnen miteinander und mit ihm verbindet. Damit ein solches Gefühl möglich sei, muß ein innerlich Gemeinsames seine Angehörigen verbinden, so daß jeder einen Teil von sich im andern wiederfindet und im Ganzen noch sich selbst erkennt. Wo dieser Zustand besteht, kann man, auch wenn die Angehörigen des Staates ursprünglich nicht eines Stammes und einer Sprache sind, von Nationen sprechen, wie dies in Belgien und in der Schweiz so lange der Fall war und zum Teil jetzt noch immer der Fall ist. Die Gemeinsamkeit der Einrichtungen, der ruhmvollen Erinnerungen, die Ähnlichkeit der Denkweise, dazu die in einem kleinen Lande häufige Annäherung durch Wechselheiraten schaffen aus dem Verschiedenartigen eine Einheit.

Man darf die idealen Motive im Staatsleben nicht geringschätzen. Die wirtschaftliche Interessengemeinschaft ist eine starke Macht. Aber wirtschaftliche Interessen können oft auch solche Konflikte im Innern hervorrufen, daß sie, wenn es auf sie allein ankäme, nicht zusammenhaltend, sondern sprengend wirken würden. Unsere heutigen Verhältnisse sind tausendfach komplizierter als die des antiken Stadtstaates, der ganz auf sich selbst beruhte und in dem die Existenz des einzelnen von der Existenz der Gesamtheit abhing. Auf wirtschaftliche Interessen allein das Staatsgefühl bauen zu wollen, wäre vollständig verfehlt. Wenn Österreich-Ungarn durch nichts zusammengehalten wäre, als durch das dynastische und das wirtschaftliche Band, dann müßte es früher oder später auseinanderfallen.

Unsere Gesamtheit ist keine Nation und wird nie eine Nation sein. An gemeinsamen Zügen fehlt es den Stämmen, die

unser Reich bewohnen, allerdings nicht. Die besondere Abart süddeutschen Wesens, die sich in Wien verkörpert, hat allmählig auf die Nichtdeutschen abgefärbt und hat selbst wieder von ihnen angenommen. Jahrhundertelanges Zusammenleben lockt die kongenialen Neigungen hervor und verschmilzt sie. Daß ganz Österreich-Ungarn musikempfänglich ist, ist gewiß nicht bedeutunglos; neben dem Deutschen ist die Musik die zweite Verkehrssprache des Reiches. Ein Gemisch von Gutmütigkeit und Grobheit ist gesamtösterreichisch; die Politik mit ihrer echt österreichischen Notwendigkeit beständiger Kompromisse und der von den Slawen eingeführten rabiaten Heftigkeit der Nationalitätenkämpfe haben beide Bestandteile dieses Gemisches verstärkt. Leicht Unrecht leiden und leicht Unrecht tun ist eine gemeinsame schlimme Neigung; östliche Bequemlichkeit reicht weit in unser Wesen herein, aber sie steht doch schon unter der Aufsicht einer Gewissenhaftigkeit, die von deutscher Seite kommt. All dies schafft eine gemeinsame, vorwiegend angenehme Atmosphäre, die der Österreicher, welchen Stammes er sein mag, auch der Ungar, im Ausland entbehrt. Aber darauf allein kann ein kräftiges Gemeingefühl nicht beruhen.

Unsere Gesamtheit ist keine Nation und wird nie eine Nation sein, weil ihre Teile stark genug sind, um sich als Nationen zu fühlen. Für ihre kulturellen Interessen müssen diese Teile zunächst aus sich selbst heraus sorgen. Der Staat kann nur nachhelfen und muß sich dabei möglichst über den Parteien halten. Ihre Geltung in der Welt des Geistes muß sich jede der im Reiche vereinigten Nationen selbst durch beständige Arbeit erkämpfen. Was die Gesamtheit geben kann, ist jener erhöhte Schutz nach außen, den nur eine Großmacht zu gewähren vermag, das erhöhte Selbstgefühl, das durch Leistungen, deren nur eine Großmacht fähig ist, gewonnen wird, das erhöhte Ansehen, das von der Macht der Flagge auf den einzelnen übergeht. In diesem Punkte liegt, was für uns entscheidend ist. Wenn das Reich jene ideale Persönlichkeit sein soll, der sich das Gefühl seiner Angehörigen zuwenden kann, so muß es eine mächtige und große Persönlichkeit sein — die Monarchie muß

sich als Macht idealisieren. Da die Monarchie umfangreich ist, muß sie auch stark sein. Mehr noch. Da Österreich-Ungarn ein Gebilde eigenster Art ist, mit keinem anderen vergleichbar, muß es immer wieder zeigen, daß es trotzdem nicht nur lebensfähig, sondern auch lebenskräftig ist. Das Wort Prestige ist verpönt. Aber Prestige mag anderwärts ein Luxus sein, für uns ist es ein Lebensbedürfnis. Nur durch ihr Ansehen kann unsere Monarchie die Zuversicht in ihre Fortdauer bestärken. Sie muß bei jeder Gelegenheit beweisen, daß sie stark ist, sie muß es im Innern, sie muß es vor allem dem Auslande beweisen. Es ist ein schwerer Irrtum, zu glauben, daß sie als ruhiger Mittelstaat, als eine größere Schweiz, existieren könne. Wenn ihre Bewohner nicht die Vorteile haben, die den Angehörigen eines mächtigen Gemeinwesens zukommen, dann haben sie auch keinen Grund mehr, sich hier zusammenzupferchen, einander unaufhörlich nationale Konzessionen zu machen und auf die volle Befriedigung ihrer nationalen Bestrebungen zu verzichten. Wenn auf der einen Seite das Nationalgefühl steht, auf der anderen ein seelenloser, papierener Staat, der kaum seinen Namen zu nennen wagt, dann ist es selbstverständlich, daß das Nationalgefühl zerstörend über den Staatsgedanken hinweggehen muß. Gefühlsvorteile müssen auch auf Seite des Staates liegen, wenn er als lebendiger Organismus existieren soll. Jede Gemeinschaft bedarf ihrer, um bestehen zu können. Der kleinste Wohltätigkeits- und Geselligkeitsverein ist unmöglich, wenn seine Mitglieder ihn geringschätzen oder gleichgültig gegen ihn sind, und je größer und komplizierter der Verein ist und je mehr Opfer er verlangt, desto stärker muß auch das Gefühl sein, das ihn bindet. Die politischen Parteien leben von ihrem Ansehen. Was würde die Sozialdemokratie von Angehörigen sagen, die das Ansehen der Partei untergraben wollten! Wie nachsichtslos werden Mitglieder disziplinarisch behandelt, die durch ihre persönliche Meinungsäußerung auch nur den Eindruck erwecken, daß es der Partei an Geschlossenheit fehlt.

Unsere inneren Zustände zwingen uns, nach außen hin unsere Stärke ganz besonders zu betonen. Noch vor einem

Menschenalter konnte man es für möglich halten, daß Österreich-Ungarn mit einer bescheidenen Politik sein Auslagen finde. Mit Deutschland war man ins Reine gekommen und eng verbündet, im Verhältnis zu Italien zitterten nur noch alte Bewegungen nach, es handelte sich für unsere auswärtige Politik nur noch darum, ein Übergreifen Rußlands durch ein zweckmäßiges Einverständnis mit ihm zu verhindern. Die furchtbare Heftigkeit unserer inneren Kämpfe hat jedoch im Ausland so starke Zweifel an der Widerstandsfähigkeit und sogar an der Lebensfähigkeit der Monarchie hervorgerufen, daß herausfordernde Angriffe gegen uns gerichtet wurden, die sonst gewiß nicht gewagt worden wären. Ohne die unersättliche Eroberungslust des tschechischen und slowenischen Radikalismus, ohne die stürmischen, den Gang des Staatswesens hemmenden Obstruktionen der ungarischen Unabhängigkeitspartei, ohne ihr Händedrücken mit extremen südslawischen Parteien, dem dann ebenso unvernünftige Verletzungen des kroatischen Nationalgefühls folgten, wäre man in Belgrad und Petersburg schwerlich zu dem Glauben gelangt, daß die Monarchie vor dem Zerfall stehe. Tatsächlich schien alles außer Rand und Band zu gehen. Und warum sollten da romanhaft denkende, slawische Fanatiker nicht zu den abenteuerlichsten Schlüssen gelangen. In dem naiven Paris wurde natürlich alles, was diese gut unterrichteten Feinde unserer Monarchie erzählten, für heilige Wahrheit genommen — um so lieber, als von einem Verbündeten Deutschlands nicht schlecht genug gedacht werden kann, und England wollte in der Einkreisungszeit die Situation für sich ausnützen. Die innere Zerrüttung hat den Ansturm gegen uns verdreifacht. Offen wird in Serbien davon gesprochen, daß unsere Monarchie dem Schicksal der Türkei entgegengehe, unsere Monarchie mit ihren zehn Millionen Deutschen, an deren Kultur sich die anderen aufgerichtet haben, dem Schicksal der Türkei, deren Staatsvolk das der Entwicklung unzugänglichste aller Stämme des Reiches war, und die für alle ihre Angehörigen Stillstand und Herabdrückung bedeutete. Der wilde, rücksichtslose Nationalitätenkampf im Innern, dessen Gewohnheiten sich auch auf die Kämpfe übertragen haben, die

nicht um nationale, sondern um Gruppeninteressen geführt werden, der maßlose Egoismus, der kurzsichtig die Forderungen des Ganzen in allerletzte Reihe stellt und schließlich die Decke zerreißt, die er an sich ziehen will, der Parteigeist, dessen Wirkungen im Auslande noch viel schlimmer erscheinen, als sie tatsächlich sind, tragen die Hauptschuld an den Gefahren, die uns von außen bedrohen, und ihnen zu begegnen, müssen wir jetzt um so machtvoller auftreten. Das Jahr 1912 war eine rechtzeitige Mahnung.

Wenn wir überhaupt ein Österreich wollen, müssen wir ein starkes Österreich wollen. Oder sollten wir Deutschen ein Interesse daran haben, daß Österreich nicht bestehe? Gewiß wäre die deutsche Nation unter allen Umständen stark genug, um die Tschechen und Slowenen zur Ruhe zu zwingen und den Weg an die Adria und zum Mittelländischen Meere offen zu halten. Auch das Bündnis mit Ungarn und Rumänen würde ihr nicht fehlen, aber sie wäre genötigt, beständig auf der Hut zu sein, Tag und Nacht den Panzer nicht abzulegen, kleinen und großen Feinden immerfort entgegenzutreten. Nicht vereinfachen, sondern komplizieren würde sich ihre Situation, nicht erleichtert, sondern erschwert würde das Problem, das die Deutschen zu lösen hätten. Wir Deutschen haben allen Grund, den Fortbestand Österreich-Ungarns zu wünschen und unser deutsches Nationalgefühl selbst verlangt die Treue für Österreich. Steht es aber mit den Tschechen etwa anders? Die Tschechen haben freilich nicht wie wir die Befriedigung, die Hauptstadt des Reiches zu besitzen und in ihr zu dominieren, auch nicht die Befriedigung, daß ihre Sprache für alle wichtigeren Gesamtheitszwecke die gegebene Verkehrssprache ist, und nicht die Genugtuung, mit dem Hauptbundesgenossen national zusammenzugehören. Sie suchen ihrer Stellung einen höheren Schimmer zu verleihen, indem sie neben oder über dem tschechischen Nationalgefühl ein slawisches Rassengefühl pflegen. Der allslawische Gedanke soll ihnen über die Folgen hinweghelfen, die sich daraus ergeben, daß sie in wichtiger Stunde den schwereren Weg gegangen sind. Die Tschechen hatten bis in die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts die

Wahl, sozusagen schmerzlos Deutsche zu werden, sich in Freiheit einer großen Nation anzuschließen, und sie haben es vorgezogen, alte Erinnerungen hervorzuholen und sich als Tschechen und Slawen zu bekennen. Eine kleine Gruppe von Männern hat damals diese Entscheidung getroffen. „Wenn das Dach über uns einstürzt", sagte Palacky, als er mit Jungmann und Havliček im Zimmer saß, „ist die tschechische Sache verloren." Diese kleine Gruppe hatte die Mode der Zeit, die romantische Vorliebe für das mittelalterlich Volkstümliche — politische Heimatkunst — für sich, und sie wußte sich hartnäckig durchzusetzen. Der Irrglaube einflußreicher Kreise, daß Österreich in Gefahr geraten würde, wenn sein westlicher Teil ganz deutsch wäre — in Wirklichkeit stünde es heute als gewaltige Macht da, ausgedehnt bis an das Herz des Balkans — kam ihnen zu Hilfe und sie haben gesiegt. Ob sie jedoch ihren tschechischen Landsleuten damit einen Dienst erwiesen haben, ist sehr fraglich. Sie haben in die modernen Riesenverhältnisse mittelalterliche Vorstellungen getragen. Wenn Böhmen, Mähren und Schlesien ein selbständiger Staat würde, wäre er nur ein Kleinstaat und vergebens würden die Tschechen in ihm die alte Glorie suchen, mit der ihre Geschichtsbücher das Böhmen der Luxemburger und der Hussiten umgeben. Was im XIV. und XV. Jahrhundert eine sehr ansehnliche europäische Potenz war, wäre heute ein Staatswesen dritten oder vierten Ranges, abhängig von den starken Nachbarn. So wenig wie ein Individuum kann ein Volk über seine Kraft hinaus, und so wenig unter den Individuen Reichtum und Einfluß gleich verteilt sind, so wenig können sie es unter den Völkern sein. Das hindert nicht, daß kleine Völker durch große moralische und intellektuelle Eigenschaften hervorragen können. Aber gerade das, was die Tschechen anstreben, der Glanz einer nationalen Machtstellung, ist ihnen versagt. Da sie sich dafür entschieden haben, nicht Deutsche, sondern eine kleine slawische Nation zu sein, so müssen sie auf eine starke nationale Machtstellung verzichten, und der Ehrgeiz, an den Weltgeschäften mitentscheidend teilzunehmen, ist nur innerhalb der Großmacht Österreich zu befriedigen. Diese Großmacht ins Slawische umzugestalten, ist

jedoch gleichfalls unmöglich. Tschechen von überschwänglichem nationalem Fanatismus hoffen Wien zu internationalisieren, Niederösterreich, vielleicht auch Oberösterreich und das nördliche Steiermark tschechisch zu durchsetzen und den Slowenen die Hand reichen zu können. Nach diesem Plane entstünde ein tschechischer Nationalstaat im Norden, ein slowenischer im Süden, beide nur getrennt durch ein gemischtsprachiges Zwischenland, Tirol und Salzburg wären belanglose Nebenländer. Das ist das Ideal der vom Eroberungswahn berauschten Tschechen und Slowenen. Doch ganz abgesehen davon, daß das Haus Habsburg sich für die Herrschaft über eine solche Staatenkarrikatur bedanken würde und daß es nie mithelfen kann, die deutschen Kernländer der Monarchie zu entgermanisieren, ist es selbstverständlich, daß ein derartiges Gebilde unmöglich Bestand haben könnte. Der Zersetzung Österreichs würde sein Zusammenbruch unausbleiblich folgen.

Was wäre denn ein Österreich, in dem die Deutschen nur mehr den schmalen Rand bildeten und in der Hauptstadt selbst, die zu einem national und sprachlich charakterlosen, also auch innerlich zusammenhanglosen zweiten Konstantinopel würde, um ihre Geltung kämpfen müßten? Wien — ist man sich denn ganz klar darüber, was Wien ist? So lange es bleibt, was es ist, ist es neben Paris die wichtigste Stadt der Erde, denn dieses deutsch sprechende und deutsch gebildete Wien hält die Monarchie zusammen. Ändert sein Wesen und der Reif fällt auseinander. Nicht nur für Deutschland, auch für Ungarn würde ein Österreich mit umgewandelter Hauptstadt vollständig den Wert verlieren. Die ungarische Politik würde ganz andere Wege suchen, als den Weg nach Wien, der bisher trotz aller Anstrengungen der Unabhängigkeitsparteien doch nicht abgeschnitten ist und es, solange hier ein deutsches Zentrum ist, auch nicht sein wird. Dafür würde das slawisierte Österreich allerdings die Huld Rußlands gewinnen. Ist aber diese Huld selbst für Tschechen und Slowenen so wünschenswert? Ist die Anziehungskraft ihres slawischen Rassenideals so stark, daß es sie befriedigen würde, als Schutzbefohlene Rußlands an die Stelle der sich emanzipierenden Bulgaren zu treten? Gewiß, so

weit wollen die Maßgebenden unter den tschechischen Politikern, vor allem diejenigen, die offiziell am österreichischen Staate mitarbeiten, nicht gehen. So weit können sie auch nicht gehen, denn zehn Millionen Deutsche sind trotz der nationalen Schwäche so vieler unter ihnen eine Macht, die sich zur Wehre setzen kann, und das Interesse des Reiches an ihrer Bedeutung ist so klar, daß sich die Dynastie in diesen Grundfragen an ihre Seite stellen muß. Das Äußerste also ist, wenn unsere Widerstandskraft nicht vollständig versagt und unsere Unzulänglichkeit den Gegner nicht zu immer heftigeren Vorstößen ermutigt, nicht zu befürchten. Aber selbst auch nur die Annäherung an das Äußerste ist eine Gefahr, weil sie den Anschein erweckt, daß das Reich dem Zerbröckeln entgegengeht. Dieser falsche Anschein aber muß um jeden Preis vermieden werden. Alles, was das Ansehen des Reiches schädigt, schädigt seine Kraft und die Kraft seiner Teile. In einem so komplizierten Staatenbau wie Österreich-Ungarn jeder einzelnen Nation genau das gleiche Maß an politischem Gewicht zu verschaffen, ist unmöglich, ebenso wie es in ähnlichen, aber immer noch weniger komplizierten Staaten wie Amerika, Belgien und selbst der Schweiz sich als unmöglich erwiesen hat. Was an dem vollen Gewicht fehlt, muß der einzelne Stamm durch Kulturarbeit selbst zu ersetzen suchen. Nur ermöglichen muß es ihm die Gesamtheit, nicht verhindern darf sie es. Aber für den rücksichtslosen Kampf um das nationale Prestige kann es keine Lösung geben, die alle Einzelstämme und auch noch den Staat befriedigen würde. An dem nationalen Imperialismus einzelner Stämme, sei es des tschechischen, polnischen oder magyarischen, sei es selbst des deutschen, würde die Gesamtheit zu grunde gehen; aber etwas vom Gesamtimperialismus braucht das Ganze, um leben zu können. *Die Seele Österreichs ist der Glaube an die Notwendigkeit seiner Macht.*

Das südslawische Problem.

Das österreichische Herrscherhaus ist aus der Schweiz hervorgegangen, mit der unsere Monarchie einige so augenfällige Ähnlichkeiten aufweist, daß die beiden Länder in politischen Erörterungen über österreichische Verhältnisse immer wieder miteinander verglichen werden. Wie oft hat man unserer Monarchie empfohlen, sich nach dem Muster der Schweiz zu gestalten oder doch das Rezept zur Lösung dieser und jener schwierigen Frage aus der Schweiz zu holen. Aber einige sehr wichtige Unterschiede werden dabei übersehen. In der Schweiz werden, vom Ladinischen abgesehen, drei Sprachen gesprochen, von denen die eine, die deutsche, entschieden das Übergewicht hat; in Österreich-Ungarn werden neun Sprachen gesprochen und geschrieben. In der Schweiz leben die Nationen in beinahe überall scharf abgegrenzten Gebieten, während sie in Österreich an vielen Stellen bunt durcheinander gewürfelt sind. Vor allem aber, wie einst in der Schweiz die politischen Gerechtsame der Kantone oft übereinandergeschichtet waren, sind im Osten der Monarchie, in der ungarischen Reichshälfte und in Galizien die nationalen Rechte übereinandergeschichtet. Mit Mühe ringen sich die Ruthenen empor, die Rumänen sind über eine dürftige Stellung nicht hinausgekommen und die Kroaten können sich einer strengen Oberaufsicht nicht entwinden.

Es ist klar, daß sich dieses Verhältnis nicht wird aufrechterhalten lassen. Die Rumänen, die überdies wirtschaftlich unablässig vorwärtsdringen, werden durch die Wahlreform, die in Ungarn bevorsteht, verstärkte Geltung gewinnen und auch die Bedeutung des benachbarten Königreiches, die in der letzten Krise kräftig hervorgetreten ist, erhöht ihr Gewicht. Der rumänische Irredentismus ist freilich erloschen und das rumäni-

sche Sprachgebiet ist mit dem deutschen und magyarischen so verflochten, daß diese Völker fast unlösbar miteinander verbunden sind. Auch ist das Königreich Rumänien, wenn es Rußland stand halten will, auf das Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn angewiesen. Immerhin darf das augenblickliche Freundschaftsverhältnis nicht zur Vernachlässigung einer Frage verleiten, die Graf Kalnoky als Minister des Äußern für so wichtig hielt, daß er sie in einer an den Kaiser gerichteten Denkschrift über die Rückwirkung der Nationalitätenfragen auf die auswärtige Politik eingehend und mahnend behandelte. Unmittelbar brennend ist jedoch die südslawische Frage. Die alte Feindschaft zwischen Kroaten und Serben hat sich abgedämpft und das geschlossene serbo-kroatische Sprachgebiet innerhalb unserer Grenzen ist politisch schon jetzt mit wenigen Ausnahmen eines Sinnes. Der mächtige Zuwachs, den Serbien errungen, und die Kraftprobe, die es abgelegt hat, werden die großserbischen Agitationen mit neuem Leben und neuem Feuer erfüllen, umsomehr, als von Serbien her unaufhörlich geschürt wird. Die südslawische Phantasie ist leicht entzündlich und der Unmut darüber, sich auf ungarischem Boden national nicht ausleben zu können, wird durch den Vergleich mit dem national unabhängigen Serbien aufs höchste gesteigert.

Es war eine vernünftige Politik, daß Österreich-Ungarn in der großen Balkankrise nicht als grundsätzlicher Gegner des serbischen Volkstums erschien, daß sie im Gegenteil Serbien und Montenegro jede Vergrößerung, die ethnisch gerechtfertigt war, gönnte, um die Möglichkeit künftiger Freundschaft vorzubereiten. Sie konnte es zwar nicht gestatten, daß Serbien durch Ausbreitung über die albanesischen Berge bis an die Adria hinaus zu einem Erobererstaat anwachse, dessen herrschende Stellung die Einbildungskraft der diesseitigen Serbo-Kroaten noch mehr erregt hätte, aber sogar der geographische Zusammenschluß Serbiens und Montenegros ist nicht gehindert worden. Wir haben den Sandschak nicht wieder besetzt und entgegen einer durch Jahrzehnte festgehaltenen Doktrin die beiden unabhängigen serbischen Staaten Nachbarn werden lassen. Vielleicht ist die Besetzung dieses Gebietes, durch die wir Nachbarn

Albaniens geworden wären, aus Rücksicht auf Italien unterblieben, das jeden unserer Schritte argwöhnisch mit seinen Blicken verfolgt. Wahrscheinlich haben wir dadurch die rückhaltlose Zustimmung Italiens zu unserer albanesischen Politik erkauft. Hätten wir es jedoch für ein Bedürfnis ersten Ranges erachtet, Serbien und Montenegro auseinanderzuhalten, so wären wir auch über italienischen Einspruch wahrscheinlich hinweggegangen. Wir haben es nicht getan und damit ein Zeichen von Entgegenkommen für Serbien gegeben.

Nur dürfen wir nie vergessen, daß wir unablässig Wache stehen müssen und daß unsere innere Politik durch die Veränderungen, die der letzte Krieg gebracht hat, entscheidend beeinflußt werden wird. Es hat eine Zeitlang eine deutsche Irredenta in Österreich gegeben; sie war sinnlos, da die Deutschen, wenn sie sich einigermaßen ihrer Kraft bewußt sind und von ihr Gebrauch machen, nach wie vor die erste Rolle in der Monarchie spielen können, wenn auch nur als Erste unter Gleichen. Die italienische Irredenta hat territorial einen so kleinen Umfang und es wird bei fortdauernder Freundschaft mit Italien so leicht sein, ihr den Brennstoff zu entziehen, daß sie ungefährlich ist. Polen und Ruthenen haben die Mehrzahl ihrer Stammesgenossen in Rußland, aber unter welchen Verhältnissen! Die Rumänen diesseits und jenseits der transsilvanischen Alpen finden die beste Anlehnung bei uns. Die Serbo-Kroaten allein, 5 Millionen stark in Kroatien, Dalmatien und Bosnien, könnten eine Irredenta werden, mit der man ernstlich rechnen müßte. Es ist also ganz natürlich, wenn in vielen Köpfen bei uns die Frage aufgetaucht ist, ob nicht eine Vereinigung des gesamten serbokroatischen Stammes innerhalb der habsburgischen Monarchie die einzige mit unserem Interesse vereinbare Lösung wäre, ob wir nicht vor der Wahl stünden, entweder bei der nächsten Gelegenheit das Königreich Serbien zu erobern oder unsere eigenen serbo-kroatischen Länder an Serbien zu verlieren. Es hat sogar in Serbien selbst sehr kluge Leute gegeben, denen die erste dieser beiden Lösungen nicht unwillkommen gewesen wäre; nicht nur vor hundert Jahren, als sich die serbischen Aufständischen vergebens nach Wien wendeten, sondern noch viel später, noch vor

zwanzig und zehn Jahren. Vielleicht war die Okkupation Bosniens nur eine halbe Lösung. Vielleicht hätten wir sie entweder ganz unterlassen oder kecker zugreifen sollen, auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin, der übrigens damals vielleicht überhaupt nicht zu befürchten gewesen wäre. Freilich, Österreich-Ungarn besäße, wenn es sich für eine solche Politik entschlossen hätte, um einige Millionen Slawen mehr und seine innere Struktur wäre dadurch gründlich verändert worden. Daher hat bei Deutschen und bei Ungarn niemals der Wunsch nach einer Annexion Serbiens geherrscht, obwohl jedermann fühlte, daß das Verhältnis unhaltbar sei, daß Serbien immer zwischen Leben und Sterben schwebte und daß es mit der Verbitterung des gierigen Armen nach Österreich herübersah. Die leidenschaftliche Feindseligkeit Serbiens gegen unsere Monarchie in der Annexionskrise und in der jetzigen Krise, dieser Haß, der durchaus nicht erst durch den Eigensinn der österreichisch-ungarischen Agrarier verschuldet war, sondern schon lange vorher in den Herzen der Serben loderte, hat jedoch die Überzeugung geschaffen, daß es wie bisher nicht weitergehen könne und daß irgendwie ein klarer Zustand geschaffen werden müsse. Mancher sagte sich, daß wenn Serbien uns zum Kriege nötigte, endlich mit diesem unruhigen Nachbar aufgeräumt werden müsse. Vorsichtigere erklärten es nur für wünschenswert, daß künftig ein Zoll- und Handelsbündnis die Monarchie mit dem Königreich vereinige. Die Vorsichtigsten waren mit dem gemäßigten Programm der österreichisch-ungarischen Regierung einverstanden, Serbien an der Vernichtung Albaniens zu hindern und von ihm zu verlangen, daß es uns für alle Zeiten die Durchfuhr nach dem Ägäischen Meere sicherstelle, im übrigen aber nichts zu tun, was die Herausbildung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu ihm unmöglich machen könnte.

Es wird sich zeigen, ob Serbien ein loyaler und mit der Zeit ein befreundeter Nachbar sein will oder nicht. Zwang dürfen wir nicht ausüben, eine Annäherung, die Wert haben soll, muß sich von selbst vollziehen. Wenn es unser Freund werden will, wird es aus eigenem Antrieb zu uns kommen und uns engere Beziehungen antragen. Es hat wirtschaftlich von einem Balkan-

bund nichts zu erwarten, von einem guten Verhältnis zu Österreich-Ungarn sehr viel; wenn unsere Agrarier nicht dazwischen fahren, kann ein solches Verhältnis für Serbien sehr wertvoll werden. Es könnte sich dann auch ein politisch freundschaftlicher Zustand herausbilden, der gerade in der Stammverwandtschaft mit fünf Millionen Angehörigen unserer Monarchie eine feste Grundlage haben würde und wir brauchten unter solchen Umständen eine Verbrüderung der diesseitigen und der jenseitigen Serbo-Kroaten nicht zu fürchten. Die Voraussetzung ist jedoch, daß beide sich darüber klar sind, daß die südlichen Gebietsteile der Monarchie mit ehernen Klammern an sie gebunden sind. Schwindet dieser Glaube, so werden wir niemals unseres Friedens froh werden. Bei den Südslawen spielt die Phantasie in der Politik eine Rolle, wie bei wenigen Völkern. Lieben es die Slawen überhaupt, in ungemessenen Vorstellungen zu schwelgen, so lieben es die Serben doppelt und dreifach. Daher der Glaube an die Möglichkeit, ungeheuerliche Heldentaten zu vollbringen, die Donquichoterie, die sich in kleinen und oft lächerlichen Verschwörungen, aber auch in verbrecherischen Anschlägen und in einer unvernünftig ruhelosen Staatspolitik auslebt. Rußland wird Serbien im stillen sicherlich ermutigen, gegen uns zu wühlen, wie es ja in Ostgalizien selbst ähnlich agitiert. Aber es wird sich durch Serbien nicht in einen Krieg hineinziehen lassen, es wird das kleine Land nur in Reserve halten, um es im Falle eines Krieges gegen Österreich-Deutschland zu benützen. Es ist möglich, daß Serbien im Vertrauen darauf weiter geht, als Rußland lieb ist, aber es muß sich darüber klar sein, daß es damit auch seine staatliche Existenz aufs Spiel setzt. Denn eine Agitation dürfen wir nicht dulden und wir werden, wenn sie fortdauert, Serbien vor die Wahl stellen müssen, politisch abzurüsten oder militärisch niedergeworfen zu werden. In einem solchen Falle dürften wir uns auch nicht dadurch einschüchtern lassen, daß Rußland die Vernichtung des serbischen Staates zum Kriegsfall machen würde. Nationalistisch gesinnte Serben würden vor einer solchen Aussicht vielleicht nicht erschrecken. Vielleicht würde sie der Gedanke an die Vereinigung des Südslawentums, sei es auch unter habs-

burgischer Fahne, locken, wobei noch immer die Hoffnung bestehen bliebe, sich eines Tages gemeinsam loszureißen. Aber die serbische Dynastie wird schwerlich auf diese Rechnung eingehen wollen und ihr ist daher dringend anzuraten, sich auf eine so gewagte Politik nicht einzulassen.

Ein serbisch-kroatisches Reich wäre ein unhaltbares Gebilde. Ein solches Reich wäre schon geographisch ein Unding. Es würde keinen Mittelpunkt und trotz seines Umfanges und seiner zehn Millionen Einwohner keinen Körper haben. Ohne einen Anschluß entweder an Bulgarien oder Griechenland oder, da diese ihm keine Sicherheit bieten könnten, an Ungarn und Österreich, könnte es nicht bestehen. Mit anderen Worten: Eine Vereinigung des gesamten Südslawentums wäre nur unter dem Hause Habsburg möglich. Ein Königreich Serbien kann für sich allein existieren, weil es Österreich-Ungarn nicht im Wege ist; ein südslawisches Reich jedoch, das etwa einem vorübergehenden russisch-serbischen Siege über uns das Dasein verdankte, würde, da wir auf die Küste nicht verzichten können, ein ebenso ephemeres Dasein führen, wie das napoleonische Illyrien. Seine Unterwerfung wäre unsere oberste Aufgabe.

Die wahrscheinlichste Entwicklung ist, daß Serbien nach einer gewissen Erholungspause versuchen wird, gestützt auf Rußland, seine Phantasien zu verwirklichen. Von unserer inneren und äußeren Bereitschaft wird die Nachdrücklichkeit der Zurückweisung abhängen. Das schließliche Ergebnis dürfte ein Anschluß an Österreich-Ungarn in irgend einer Form sein, sei es in enger wirtschaftlicher und politischer Allianz oder —, wenn Serbien unser Feind sein will, unterirdisch gegen uns arbeitet und uns, trotz unseres Verlangens nach freundnachbarlichem Zusammenleben, zum Kampfe herausfordert, in Verschmelzung.

Zu enger Allianz wird sich mit der Zeit Rumänien gedrängt fühlen und die ungarische Nation wird an dieser Entwicklung im eigenen Interesse mitarbeiten müssen. Die untergeordnete Rolle, die das rumänische Volk in Ungarn bisher spielt, wird es nicht immer spielen wollen und eine intime

Verbindung zwischen Ungarn und dem Königreich an der unteren Donau wird beiden Teilen zum Vorteil gereichen. Den Rumänen steht aller Voraussicht nach eine große Zukunft bevor. Daß aber besonders die Entstehung eines starken Serbien und das Wachsen des südslawischen Nationalgefühls die innere Politik Österreich-Ungarns tief beeinflussen muß, ist unausbleiblich. Der Tag wird kommen, an dem Kroatien und Bosnien mit solcher Kraft nach Vereinigung streben werden, daß die Monarchie mit dieser Bewegung wird rechnen müssen. Wir werden uns jedoch darum nicht zum Trialismus zu bekehren brauchen. Nicht nur daß der Übergang zu einer solchen neuen Form mit schweren Kämpfen verbunden wäre, der Ungarn mit Berufung auf sein Staatsrecht den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzen würde, so kann man sich auch kaum vorstellen, wie ein Reich regiert werden soll, das aus drei gleichberechtigten Teilen bestünde. Schon der Dualismus ist eine schwer zu handhabende Maschinerie; wie erst der Trialismus! Die Wünsche der Südslawen werden sich aber auch innerhalb der jetzigen staatsrechtlichen Grundzüge befriedigen lassen, wenn Bosnien und die Hercegovina an Kroatien angegliedert werden und wenn dafür die Vertretung der kroatischen Nationalität im ungarischen Reichstag vermehrt und das Zoll- und Handelsbündnis zwischen Österreich und Ungarn aus einem kurzbefristeten in ein dauerndes verwandelt und die österreichische Industrie in Ungarn geschützt wird.

Die historischen Argumente, mit denen die Ansprüche Ungarns auf Bosnien begründet werden, sind natürlich vollständig wertlos. Wir leben doch nicht im Mittelalter. Es handelt sich aber weder darum, ungarische Rechte, die nicht bestehen, anzuerkennen, noch, sich gegenseitig Gefälligkeiten zu erweisen. Es handelt sich darum, mit möglichster Schonung beider Teile eine Lösung zum Besten des Reiches zu finden. Wenn zwischen Bosnien und Kroatien eine Brücke gebaut wird, so muß selbstverständlich zugleich der Graben zwischen Ungarn und Österreich seichter gemacht werden. Nur unter dieser Bedingung kann Österreich auf den direkten Einfluß in Bosnien verzichten und nur dann wird sich der Weg zum Trialismus, den Ungarn

am meisten zu fürchten hat, vermeiden lassen. Die intransigente Hervorkehrung der ungarischen Sonderstellung, die bis zur Verneinung des Reichsgedankens geht, kann nicht fortdauern, ohne daß das Südslawentum darauf in einer gerade für Ungarn gefährlichen Weise erwidert. Allerdings bliebe auch die Möglichkeit übrig, Kroatien und Bosnien in engere Beziehung zur Westhälfte zu bringen. Aber ganz abgesehen davon, daß von Staatsstreichen, die nicht unbedingt nötig sind, immer dringend abzuraten ist und daß tiefe Erschütterungen in Ungarn dieser Losreißung folgen würden, müßten die Deutschen Österreichs gegen eine solche Neugestaltung schon aus nationalen Gründen entschiedenen Einspruch erheben. Sie würden durch sie in eine hoffnungslose Minoritätsstellung gedrängt werden und ihren Einfluß vollständig verlieren, was auch für die Gesamtheit verhängnisvoll wäre. In Ungarn dagegen werden die Südslawen samt den Slowaken und Ruthenen nicht die Mehrheit gegenüber den Magyaren, Rumänen und Deutschungarn erlangen können, auch wenn sie sich eine Geltung erkämpfen, die die Kroaten allein gegenwärtig nicht besitzen. Bei einer solchen Lösung brauchte Dalmatien aus der Verbindung mit Österreich nicht abgetrennt zu werden. Nicht nur, daß die anderen österreichischen Südslawen an dieser Verbindung ein starkes Interesse haben, wird vermutlich auch Dalmatien selbst immer seinen Vorteil dabei finden, mit dem Westen vereinigt zu bleiben, was nicht hindern wird, daß es die intimsten kulturellen Beziehungen zu den ungarischen Südslawenländern aufrecht hält. Übrigens ist es selbstverständlich, daß für Bosnien noch eine ausgiebige Entwicklungsperiode nötig sein wird, ehe dieses Land, das wir erst vor einem Menschenalter aus dem dunkeln Wirrsal türkischer Verhältnisse herausgehoben haben, mit einem moderneren Staatskörper parlamentarisch vereinigt werden kann.

Seit jeher hat, was sich auf dem Balkan an wichtigen Ereignissen zutrug, das Schicksal Ungarns beeinflußt. Der Türkensturm hat es zerrissen und verwüstet, in unserer Zeit hat die Ohnmacht der Türkei und die Machtlosigkeit der kleinen Balkanstaaten ihm eine neutrale Südgrenze geschaffen, die das

unbehinderte politische Sichausleben des magyarischen Volksstammes begünstigte, und jetzt sind neue Verhältnisse entstanden, mit denen auch er sich wird abfinden müssen. Er wird an nationaler Kraft Nichts dabei verlieren, an Weite des Gesichtskreises und Reichtum des inneren Lebens nur gewinnen. Wenn die Geltung Serbiens und Rumäniens sich ändert, so ist es unausbleiblich, daß sich auch die inneren Verhältnisse in der Osthälfte unserer Monarchie verändern müssen.

Krieg oder Frieden.

Wir haben die große Balkankrise mühevoll und zum Glück in Frieden passiert. Aber der Glaube, daß nun eine Zeit der Ruhe kommen werde, will sich nicht einstellen. Überall trifft man auf die Befürchtung, daß wir in den nächsten Jahren Krieg oder doch schwere Kriegsgefahr haben werden. Die Zertrümmerung der Türkenherrschaft, die leidenschaftliche Feindseligkeit des von Siegesrausch erfüllten serbischen Nachbarlandes und die geflissentlich hervorgekehrte Unfreundlichkeit Rußlands nähren die Überzeugung, daß wir unruhigen Zeiten entgegengehen. Die Meinung, daß der großen Erderschütterung eine zweite, womöglich noch größere, folgen werde, ist nicht in Österreich allein verbreitet und sie ist auch nicht nur Urteil des großen Publikums. Man äußert sie in Deutschland, man äußert sie in Frankreich, und der Einfluß, den diese böse Vorahnung auf das Handeln der verantwortlichen Personen ausübt, ist in beiden Ländern deutlich zu merken. Vielleicht ist sie ein Nachzittern der starken Bewegung, die hinter uns liegt. Gewiß aber spricht sich in ihr die richtige Empfindung aus, daß die Krise, obwohl sie manche Frage gelöst hat, doch auch neue geschaffen und die Verteilung der Machtgewichte, auf die man schon leidlich eingerichtet war, verschoben hat.

Nach wie vor sind Österreich-Ungarn und Deutschland in der Defensive. Freilich, wer würde sich im Streite nicht in der Defensive glauben, und in Darstellungen, die aus Rußland und Frankreich kommen, erscheinen wir als die Ruhestörer und die unersättlich Ehrgeizigen, gegen die der Friede Europas, die Unschuld und das Recht geschützt werden müssen. Nicht alles, was der Gegner sagt und schreibt, ist jedoch bewußte

Verkehrung des Sachverhaltes; ein Korn subjektiver Wahrheit steckt meistens darin. Es ist wahr, daß weder Franzosen noch Engländer, noch Russen den Krieg gegen uns suchen und daß, wenn es unter ihnen Kriegsfreunde oder Kriegsinteressenten gibt, sie nur eine kleine Minderheit bilden. Auch das Gefühl ist nicht ganz unrichtig, daß durch Mitteleuropa eine Stimmung zieht, aus der einmal das Verlangen nach kriegerischer Lösung hervorbrechen könnte. Aber auch wenn dies geschähe, würden doch die beiden mitteleuropäischen Reiche moralisch nicht die Angreifer sein. Und das ist es, was man jenseits unserer Grenzen entweder sich selbst nicht eingestehen, oder wenigstens offen nicht zugestehen will. Österreich-Ungarn und Deutschland würden in den Kampf gehen, um unerträglichen Herausforderungen ein Ende zu machen und Fesseln zu zerreissen. Österreich-Ungarn und Deutschland sind tatsächlich, das Wort trifft zu, eingekreist, und die Einkreisung, die so dargestellt wird, als wäre sie nötig, um die deutsche und österreichische Eroberungsbegierde zu bändigen, hat in Wirklichkeit den Zweck, Revanchegelüste auf diplomatischem Wege zu befriedigen, und dabei ohne uns und gegen uns die Welt zu verteilen. Diese Verteilung soll auch weiter und unter noch günstigeren Bedingungen als bisher fortgesetzt werden. Rußland setzt sie eben jetzt fort, zunächst an einer Stelle, deren Schicksal uns gleichgültig sein kann, im Innern von Ostasien. Die Mongolei wird losgelöst von China. Aber auch die Loslösung Armeniens vom türkischen Reiche wird deutlich vorbereitet. Und wenn die Dreibundmächte nicht scharf Wache halten, wird sie verwirklicht und die übrigen Teile der asiatischen Türkei werden Armenien nachfolgen. Damit dies geschehen könne, müssen die Dreibundmächte in Europa beschäftigt werden, und es muß ihnen unmöglich gemacht werden, den Beutezug zu stören. Rußland sucht den Balkanbund für die Dauer zusammenzuschmieden und Rumänien ihm anzuschließen. Frankreich erscheint als Geldgeber auf dem Plan und Österreich-Ungarn soll zu finanzieller Aushungerung verurteilt werden. Diese Politik will nicht den Krieg, sie will ihre Ziele ungefährlicher und billiger im Frieden erreichen und sich dafür von Friedens-

schwärmern glorifizieren lassen. Im Frieden sollen wir umstellt und geschwächt werden, und die Teilhaber der Tripelentente sollen unbehindert an sich nehmen können, was noch zu nehmen ist. Kurzsichtigkeit und Ruheliebe mögen dies hingehen lassen; was kümmern uns fremde Welten? Und haben unsere Industriellen nicht dabei zu gewinnen, wenn Länder, die bisher halb oder ganz außerhalb des internationalen Verkehres liegen, durch europäische Eroberer in den großen wirtschaftlichen Kreislauf einbezogen werden? Gewiß, aber sie hätten viel mehr zu gewinnen, wenn sie sich selbständig entwickeln könnten und wenn sie die Türe für alle selbst offen halten könnten, die der fremde Soldat trotz Verträgen und Abmachungen unter den verschiedensten Vorwänden immer wieder zuschlagen kann. Das Ideal der modernen Staatenentwicklung ist der Staat als Vollorganismus. Das englische, das französische, das russische Reich, auch Nordamerika, umfassen so ziemlich alle Zonen, bringen schon jetzt alle Naturprodukte, die sie brauchen, auf eigenem Boden hervor oder werden doch in kürzester Zeit dahin gelangen. Sie erhalten dadurch ein Übergewicht über die mitteleuropäischen Länder, das sich in künftigen wirtschaftlichen Konflikten als verhängnisvoll für uns erweisen kann. Der soziale Staat der Zukunft, der, wenn er überhaupt entsteht, kein internationaler, sondern ein nationaler sein wird, wird solche Kämpfe noch verschärfen und unsere Nachkommen würden das Übergewicht der Reiche, die Vollorganismen sind, drückend zu empfinden bekommen. Dem wirtschaftlichen Übergewicht wird sich das politische zugesellen. Es ist zweifelhaft, ob Frankreich, wie man geglaubt hat, gerade aus Marokko Streitkräfte ziehen wird, die es in Europa verwenden kann. Aber sicher ist, daß die fortdauernde Gebietsvergrößerung Rußlands sich mit der Zeit auch in einem riesigen Anwachsen seiner Bevölkerungszahl ausdrücken muß, die das Machtverhältnis zwischen Rußland und Mitteleuropa und zwischen Rußland und den anderen Ländern überhaupt verschieben kann. Einem so ausgreifenden Staatswesen auch noch neue Positionen vor unserem Tore einzuräumen, nur um sich für den Augenblick Ruhe zu erhalten, wäre ein Verbrechen an unserer Zukunft.

Vielleicht wird die Versuchung an uns herantreten, durch Abfall von Deutschland ein intimes Verhältnis zu Rußland und Frankreich zu schaffen. Die beiden Verbündeten werden uns vielleicht versprechen, dafür zu sorgen, daß wir durch serbische Agitationen nicht gestört werden, und daß uns finanzieller Zufluß nicht fehlen wird. Selbstverständlich würde die habsburgische Monarchie, die sich mit Rußland und Frankreich verbündet, nicht mehr die heutige bleiben, es müßten in ihr die Slawen vorherrschen, sie würde ein föderatives slawisches Staatswesen mit deutschem und ungarischem Zusatz werden; dann hätten Rußland und Frankreich die Sicherheit, daß wir nicht in unsere jetzige Bündnispolitik zurückfallen. Aber in welchem Verhältnis stünde diese inhaltlich und im Charakter ihrer Kultur vollständig veränderte Monarchie zu Rußland? Jetzt ist sie der Bundesgenosse Deutschlands; dann würde sie der Schutzstaat Rußlands sein. Mit Rußland verbündet sein und von ihm für den Schwächeren gehalten werden, heißt unter seiner Vormundschaft stehen. Sich unter Rußlands Schutz stellen, um von ihm Frieden zu haben, ist die letzte Stufe, auf die ein Nachbar des Zarenreiches herabsinken kann. Das hat die Türkei genugsam erfahren. Tschechische und slowenische Fanatiker mögen an einem solchen Bilde ihre Freude haben, aber die Wirklichkeit würde allmählich auch ihre Befriedigung über diesen Sieg des Slawentums abkühlen.

Die Wirkungen unseres Abschwenkens von Deutschland auf die internationale Situation wären natürlich sehr weitreichend. Auch sie könnten für uns nur ungünstig sein. Unser Entschluß würde vermutlich in Frankreich die Zuversicht auf einen militärischen Erfolg gegen Deutschland, wie immer auch die Haltung Italiens wäre, so steigern, daß es sich ehrenhalber zum Kriege verpflichtet fühlen würde. Bei einem solchen Kriege hätten wir unter allen Umständen nur zu verlieren. Sowohl im Falle eines deutschen Sieges über seine beiden großen Nachbarn, der für das ungetreue Österreich verhängnisvoll werden könnte, als im Fall einer Niederlage, die Rußland eine erdrückende Übermacht auf dem Balkan verschaffen würde. Die Unterordnung Österreichs unter Rußland würde vollständig

werden. Noch mehr: Es ist anzunehmen, daß einem unterliegenden Deutschland gegenüber die Politik Englands sich vollständig ändern würde, und zwar auch dann, wenn es in den Reihen der Feinde Deutschlands gekämpft hätte. Um ein Gegengewicht gegen Rußland zu schaffen, würde es zu Deutschland übergehen, im Norden würde vielleicht Skandinavien, im Süden sicherlich Italien herangezogen werden, und auch das Entstehen dieser Koalition könnte sich für die Monarchie als lebensgefährlich erweisen. Mit einem Wort: Eine Loslösung vom deutschen Bündnis drängt uns in den Schatten Rußlands und wenn sie den Ausbruch eines Krieges zur Folge hat, wird unsere Lage vollständig unerträglich.

Österreich-Ungarn muß der Verbündete Deutschlands bleiben, an dessen Seite es der ebenbürtige Genosse ist. Die Frage ist nur, ob sich nicht zugleich verläßliche Beziehungen zu Rußland erreichen lassen. Der Gedanke an die Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses hat wohl für lange hinaus wenig Aussicht auf Verwirklichung. Was in einer Zeit möglich war, in der Deutschland bloße Kontinentalpolitik trieb und die Balkanstaaten noch klein und machtlos waren, braucht es nicht jetzt zu sein. Bündnisse beruhen entweder auf Gleichartigkeit der Interessen oder auf Furcht voreinander und Hoffnung aufeinander. Wir haben unter den geänderten Verhältnissen Rußland auf dem Balkan nichts zu bieten und es hat dort nichts von uns zu fürchten. Deutschland und Rußland haben zwar allen Grund, miteinander in Frieden zu leben, aber beide hätten wenigstens vorläufig mehr zu verlieren als zu gewinnen, wenn sie sich gegen die Westmächte zusammenschlössen. Die Tripelentente ist da und ist lebendig. Frankreich klammert sich an Rußland, seinen Milliardengläubiger und festländischen Beschützer, und klammert sich an England, dessen Feindschaft seinem in den letzten dreißig Jahren entstandenen überseeischen Reiche gefährlich werden könnte. Dafür leistet es Dienste, den Russen größere, den Engländern geringere, und es bildet das zusammenhaltende Mittelglied zwischen beiden. Die Tripelentente wird daher so leicht nicht verschwinden und ein Dreikaiserbund hat neben ihr keinen Platz. Das Bestehen der Tripel-

entente würde jedoch die Herstellung eines guten Verhältnisses zu Rußland nicht hindern. Rußland brauchte nur loyal an der Erhaltung der asiatischen Türkei zu arbeiten und auf eine Politik des Glanzes zu verzichten, die vollständig überflüssig ist, da ohnedies niemand daran denkt, Rußlands Bedeutung in Zweifel zu ziehen oder ihm nahe zu treten. Wenn es sich zu einer solchen Politik entschließen will, können wir sehr ruhig nebeneinander leben. Eben dies ist jedoch zweifelhaft, und sucht man nach den Gründen dafür, so findet man sie, wie wir schon gesehen haben, nicht in praktischen oder idealen Bedürfnissen, sondern in einer, man kann sagen gewohnheitsmäßigen Ländergier und in allerlei dunklen Trieben und phantastischen Begehrlichkeiten. Diese Neigungen nährt Frankreich bewußt, um eine Annäherung Rußlands an Deutschland zu verhindern. Die Republik will nicht zulassen, daß Rußland einen vernünftigeren Weg verfolge, nicht etwa weil sie zu einem gemeinsamen Kriege drängen würde, der ein ungeheures Wagnis wäre, so lange Deutschland nicht allein steht, sondern weil sie Deutschland fürchtet und weil sie sich durch immerwährende Schädigungen, Demütigungen und Neckereien Revanche an ihm verschaffen will. So wie Frankreich früher mit seinen Hegemonie- und Eroberungsgelüsten Deutschland bedrängt hat, so jetzt, nachdem es unterlegen ist, mit seiner Wiedervergeltungslust. Der zweihundertfünfzigjährige Streit zwischen den Beiden ist eben noch immer nicht zu Ende. Er wird es erst dann sein, wenn das Elsaß selbst für das Auge der Franzosen innerlich vollständig mit dem Deutschen Reiche verwachsen ist, was eine fortschreitende Milderung des Festungscharakters der deutschen Staatsgewohnheiten voraussetzt, also politische, soziale und kulturelle Entwicklung. Um die Wiedervergeltungslust zu befriedigen, sucht Frankreich durch Darlehen, die sich gut verzinsen und durch journalistische Lobsprüche die russischen Gefühle gegen Deutschland, die herkömmliche Gegnerschaft, die, wie fast jedes Volk gegen seinen Nachbar, so das russische gegen das deutsche fühlt, zu nähren. Die osteuropäische Politik, die auf Mitteleuropa drückt, wird dadurch verschärft.

Gegen diese Versuche, uns zu umringen, zu ermüden und

auszuhungern, gegen diesen weißen Tod, möchte man sagen, müssen wir uns wehren. Wir müssen Bürgschaften dafür verlangen, daß dieses Treiben aufhöre. Aber nicht von Serbien können wir sie verlangen, keine serbische Regierung kann sie uns, auch wenn sie wollte, geben, weil Serbiens Verhalten von Gefühlen abhängig ist und Gefühle sich nicht in Paragraphen bringen lassen. Mit unserem kleinen südlichen Nachbar können wir Vereinbarungen wirtschaftlicher Natur treffen, die das Entstehen einer praktischeren Auffassung bei ihm ermöglichen, die aber gegen den Wiederausbruch einer gefährlichen Phantasiepolitik nicht schützen. Die wahren Bürgschaften müssen uns von Rußland kommen, dessen Politik sich wenigstens ungefähr festlegen läßt, da sie in der Hand der vom Herrscher eingesetzten Regierung ruht, die auf Serbien den entscheidenden Einfluß übt. Von Rußland müssen wir die verpflichtende Erklärung haben, daß es die serbischen Agitationen nicht unterstützen und ermutigen wird und besonders müssen wir und muß vor allem Deutschland die annähernde Gewißheit haben, daß Rußland nicht auf die Zerstörung der asiatischen Türkei ausgehen will. Dies sind die wahren Garantien, die wir brauchen, wenn ernstlicher und verläßlicher Friede sein soll, und es ist, wenn diese Voraussetzungen sich nicht schaffen lassen, nicht abzusehen, wie der Friede auf die Dauer erhalten werden soll.

Die Unsicherheit über das künftige Verhalten Rußlands ist wahrscheinlich ein Hauptgrund dafür, daß die englische Diplomatie die Annäherung an Deutschland vollzogen hat, so daß, wenn von den Einkreisungswünschen der Tripelentente die Rede ist, wir England wenigstens für den Augenblick ausnehmen dürfen. Ob wir es für die Dauer ausnehmen können, ist eine andere Frage und ist eine Grundfrage, deren Beantwortung entscheidend für den Gang der künftigen Ereignisse sein wird. Wenn England ehrlich den Frieden will, muß es eine Politik führen, neben der sich auch die mitteleuropäischen Mächte jenseits der Meere betätigen können und muß es seine Eroberungen für abgeschlossen erklären. Vorläufig hat man nur den Eindruck, daß es die russischen Pläne in Armenien mit Miß-

trauen zu betrachten beginnt und daß ihm der Widerstand, den Deutschland ihnen entgegensetzt, willkommen ist. Von Englands Haltung wird sehr viel abhängen. Wenn England will, kann es Europa Ruhe verschaffen. Es braucht, damit dies geschehe, nicht von der Entente abzuschwenken, es muß nur das Seinige tun, damit sie aufhöre, ein Instrument zum diplomatischen Angriff zu sein. Wenn England will, kann gerade die jetzige Situation der Ausgangspunkt einer dauernden Beruhigung werden. Wenn es nicht will, kann sie der Ausgangspunkt von großen Verwicklungen, ja von furchtbaren Katastrophen werden.

London ist der eine wichtige Punkt. Der andere ist Wien. Hier müssen die Kräfte zusammengefaßt werden. Aber Wien ist wenig ohne Budapest, Prag, Laibach, Agram, Lemberg. Die Völker und die in ihrem Namen sprechen, müssen die Bedeutung der Stunde begreifen und darnach handeln. Unsere Westslawen müssen sich entscheiden, ob sie sich als Mitteleuropäer oder als Allslawen fühlen wollen. Optieren sie für das Allslawentum, arbeiten sie weiter an der Zerrüttung des Reiches, so gehen wir Zusammenstößen von historischer Bedeutung entgegen. Ihr Sieg innerhalb Österreichs wäre aber nur der Vorläufer ihres eigenen Unterganges. In Ungarn setzt sich die Reform langsam und unter ungeheuren Widerständen in Bewegung. Werden die Magyaren ihrer Aufgabe gewachsen sein? Sie vergleichen sich als Politiker gerne mit den Engländern, und der Vergleich ist nicht ganz unberechtigt, wenn man an das England alten Schlages denkt, ist es aber vor allem auch darin, daß dem heutigen Ungarn und dem alten England eine insulare Anschauungsweise gemeinsam ist. Doch nicht nur fehlen in Ungarn die Bedingungen und sie fehlen immer mehr, die eine solche Anschauungsweise unschädlich, vielleicht sogar nützlich machen, auch England selbst hat seither Bündnisse geschlossen und das gleiche müssen, und noch viel nachdrücklicher als die Engländer und mit noch viel größeren Zugeständnissen, die Magyaren tun. Die Monarchie muß unter dem Drucke der äußeren Verhältnisse innerlich umgeschaffen werden; nicht nach neuen Grundlinien, sondern innerhalb der Linien, die vor einem

Menschenalter gezogen wurden. Nicht Umsturz, sondern Weiterentwicklung mit Benützung der Erfahrungen, die wir teuer genug gewonnen haben, und Entwicklung mehr noch im Geiste als im Buchstaben. Wenn der Geist nicht ein anderer wird, ermutigen wir unsere Nachbarn, ihren wühlenden und entkräftenden Feldzug gegen uns fortzusetzen und dann wird uns nur die Wahl bleiben zwischen Krieg und Niedergang. Der Niedergang aber bedeutet auch den Krieg in der Zukunft. Im Kriege siegt der überlegene Wille zum Siege und die überlegene, geschulte Intelligenz. Mangel an Selbstvertrauen ist ebenso vergiftend wie Selbstüberschätzung. Wenn ein Staat erst Krieg führt, wenn er schon angefangen hat, an sich zu verzweifeln, ist seine Niederlage unausbleiblich. Ein aufrechter Staat darf auch eine Schlacht verlieren, ohne darum den Feldzug zu verlieren, und er darf sogar einen Feldzug verlieren, ohne darum seine Lebenskraft einzubüßen. Selbst ein verlorener Feldzug kann so geführt werden, daß auch der Feind sich nicht weiter wagt und der Krieg zum Kräftigungsmittel wird.

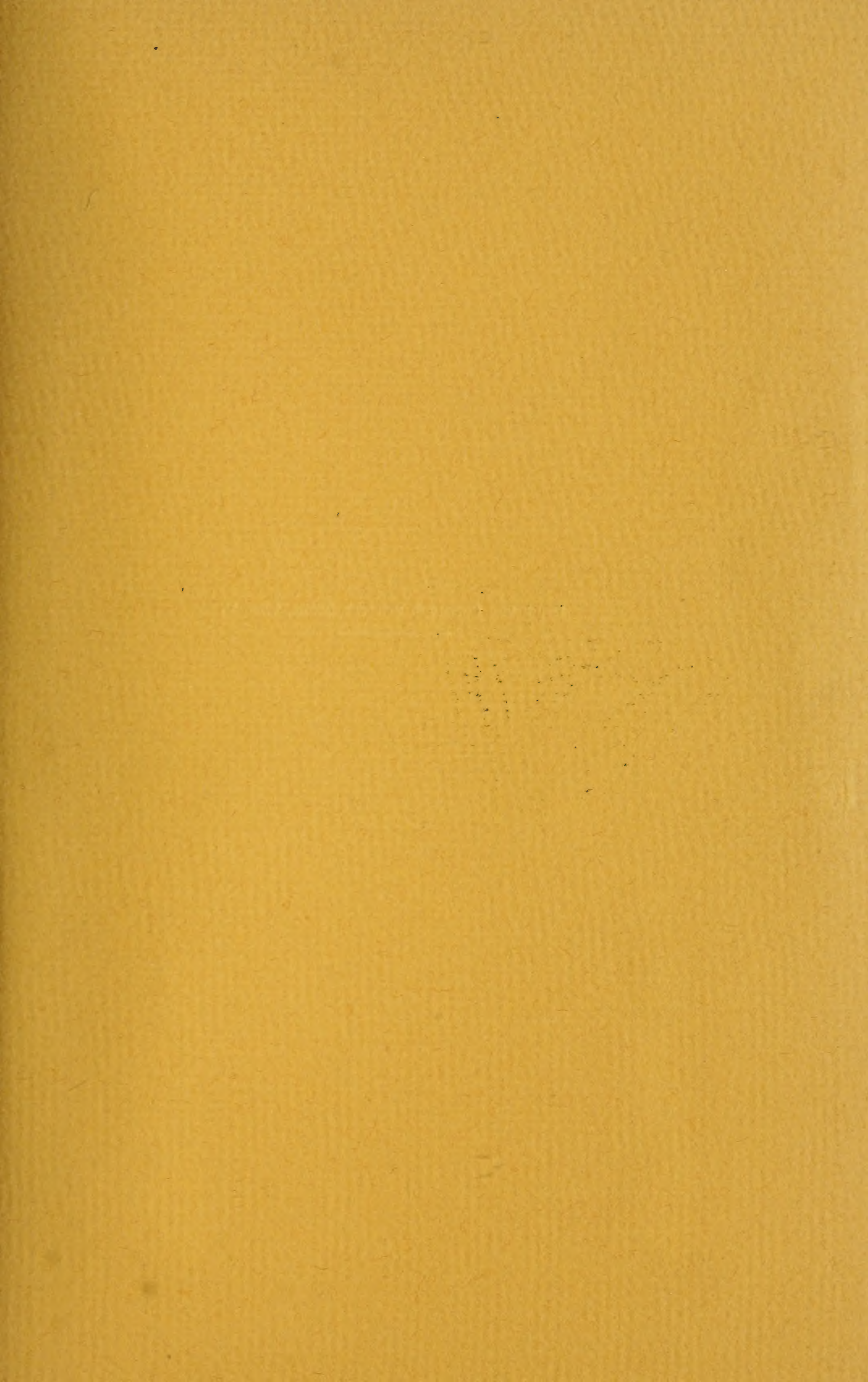
Rein theoretisch genommen, wären jetzt alle Bedingungen vorhanden, damit Europa in Ruhe leben kann. Die Balkanhalbinsel ist, soweit es geht, nach dem Nationalitätenprinzip verteilt, Rußland, England, Frankreich haben reichlich damit zu tun, ihren außereuropäischen Besitz zu organisieren. Wenn sich jeder mit dem, was er hat, begnügen wollte, wenn die Mächte der Tripelentente diplomatisch abrüsten wollten, wenn wir sicher wären, bei der Zurückweisung serbischer Wühlereien es mit Serbien allein zu tun zu haben, könnte eine wirkliche Friedenssicherheit einkehren. Aber Mißtrauen, Ehrgeiz und Unversöhnlichkeit lassen die noch ungelösten Probleme zu einer allgemeinen Gefahr anwachsen.

Dieser Gefahr werden Österreich-Ungarn und Deutschland gemeinsam zu begegnen haben. Wenn wir wachsam und mutig sind, uns nicht einschüchtern und nicht einschläfern lassen, werden wir über die gefährliche Zeit der Umgestaltung des Orients mit Vorteil hinwegkommen, die katastrophenreiche alte Frage lösen und schaffen helfen, was seit undenklichen Zeiten dort nicht besteht, dauernde, geordnete Verhältnisse. Von den

Tiefebenen der unteren Donau bis zu den Küsten des mittelländischen Meeres und bis jenseits des Tigris und an den Persischen Meerbusen wird sich dann eine Kette von Staaten ziehen, die ihr eigenes Interesse dazu führen wird, sich an die zentraleuropäischen Mächte anzuschließen. Rumänien wird am engsten mit uns verbunden sein, aber auch Bulgarien und Griechenland werden wissen, daß sie bei uns Schutz finden, und die Türkei wird unter unserer Obhut stehen. Nicht um Herrschaft handelt es sich und nicht um Privilegien, sondern um ein gesichertes, freies, freundschaftliches Verhältnis zum Nutzen für alle Teile. Dahin drängt die natürliche Entwicklung, und gerade weil auch unsere Gegner dies fühlen, strengen sie alle ihre Kräfte an, die Länder, die ihre Achse langsam uns zuwenden wollen, mit Beschlag zu belegen und uns selbst bis in unsere eigenen Grenzen zu stören. Aber das Bewußtsein von der Notwendigkeit kraftvoller Abwehr und starken Vorwärtsstrebens wächst nicht nur im Deutschen Reiche, sondern auch in Österreich selbst; man hat es in der letzten Krise deutlich gefühlt. Wir werden noch lange auf der Schanze stehen müssen, wir müssen aber auch im Innern neu aufrichten, was zerstört worden ist, und müssen für neue Bedürfnisse sorgen. Wir gehen einer großen und schweren Zeit entgegen und auf unserem Geschlecht ruht die Verantwortlichkeit für die Gestaltung der Zukunft.







Druck von Christoph Reisser's Söhne, Wien V.

